

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Anserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5spaltige Beilage kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 7.

Sonntag, den 16. Februar.

1908.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung! Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus) oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Zur Lage.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Herr v. Stengel, scheidet aus dem Amte, führt aber die Geschäfte solange weiter, bis ein neuer Staatssekretär ernannt ist. Als Nachfolger wurden eine Reihe von Persönlichkeiten in der bürgerlichen Presse genannt, doch ist an keinen der genannten Namen oder sonst in Betracht kommenden Personen eine Hoffnung zu knüpfen — das System bleibt. Nach wie vor wird die herrschende Junkerfaste alles daran setzen, die Einführung direkter Steuern zu verhindern. Jrgendein pfiffiger Finanzminister wird daran nichts ändern. Wie wäre es sonst möglich gewesen, trotz des Widerstrebens des linken Blockflügels, die verwegendsten Projekte indirekter Steuern überhaupt nur in Anschlag zu bringen. Die Junker herrschen! —

Ob es dem Reichszankler gelingt, sie bis zum Herbst, nach Ablauf der Verschiebungsfrist, die man der Finanznot zugestimmt hat, umzustimmen und direkten Steuern geneigt zu machen, ist eine müßige Frage. Wer weiß, ob Fürst Bülow im Herbst noch im Amt sein wird? Jedenfalls gehören wir nicht zu den Optimisten, die da meinen, die Junker würden nachgeben. Die lassen es aufs äußerste ankommen. Es kann nur damit gerechnet werden, in welcher Situation die öffentliche Meinung und die diesjährigen preussischen Landtagswahlen die Junkerherrschaft drängen.

Genau die Finanzen des Reiches behaftet fort und mit ihr die Gefahr neuer indirekter Steuern, unter denen die Erhöhung der Tabaksteuer als Lieblingsplan der allezeit junkerbereiten Regierung bestehen bleibt.

Diese Befürchtung kommt auch in der folgenden Bemerkung der Süddeutschen Tabakzeitung über die Situation, die für die Tabakindustrie aus der Verschiebung der Steuerpläne herborgeht, zum Ausdruck:

Damit bestätigt sich auch indirekt die Nachricht, daß dem deutschen Tabakgewerbe vorläufig eine Ruhezeit gelassen wird. Was uns die spätere Zeit bescheren wird, läßt sich jetzt noch gar nicht beurteilen, indessen sind wir zu der Ansicht geneigt, daß der Einfluß derjenigen Elemente unter den gesetzgebenden Körperschaften größere Geltung erlangen wird, welche die Bedeutung des deutschen Tabakgewerbes als einen erheblichen Faktor der allgemeinen nationalen Erwerbstätigkeit entsprechend einschätzen.

Die Staatsweisen à la Dr. Küger, anoch Finanzminister in Sachsen, lösen vielleicht bis zum Herbst das Problem, wie man aus dem Tabak viel höhere Erträge herausnehmen könnte, „ohne die Fabrikation zu beengen und den Konsum zu belasten“. So wenigstens präziserte Dr. Küger seine Stellung zur Tabaksteuer am 3. Dezember 1903 in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags. Schade, daß der hochweisse Herr bis heute niemand, auch dem Schatzsekretär des Reiches nicht, verraten hat, wie das Kunststück auszuführen ist, den Tabak höher zu belasten ohne Einschränkung der Produktion, resp. ohne Belastung und infolgedessen Verringerung des Konsums. Solche Finanzweisheit geht immer nur mit Phrasen, zur Täuschung des simplen Publikums, auf den Schacher. Lassen sich aber die Interessenten und Arbeiter der Tabakindustrie, die gerupft werden soll, nicht täuschen, nun dann werden auch die Tabakkonsumenten, überhaupt die Steuerzahler, die nötige Aufklärung über eine derartige Finanzkunst erhalten.

Wie die bisherige Bedrohung und Beunruhigung der Tabakindustrie durch die nun aufgehobenen, aber nicht aufgehobenen Steuerpläne gewirkt hat, das wollen wir hier mit den Worten der Süddeutschen Tabakzeitung zeigen.

Wer die verheerenden Folgen der Unsicherheit beurteilen will, in welcher sich das gesamte Tabakgewerbe seit einigen Monaten befindet, des möge nur Umfrage bei den Fabrikanten und Händlern und bei den zahlreichen Betrieben der einschlägigen Hilfsindustrien halten. Man wird dann leicht ziffernmäßig feststellen können, welchen enormen Schaden die Bekanntgabe des Steuerprojekts gestiftet hat und welche Lohnausfälle schon jetzt der Tabakarbeitergesellschaft durch die von diesem Projekt einzig und allein bewirkte vollständige Lähmung des Geschäfts entstanden sind. Hierbei ist noch nicht abzusehen wann, vielmehr muß sehr stark bezweifelt werden, daß diese Einbußen aller Art in der nächsten Zeit wieder wettzumachen sind, weil hierbei der Rückgang der gesamten industriellen Konjunktur ein starkes Hindernis bietet.

Wahrlich, das Tabakgewerbe ist in Deutschland weiß Gott nicht zu beneiden. Jedesmal, wenn die Reichskasse eine frischen Füllung bedarf, ein in den letzten Jahren in Permanenz erklärter Zustand, da ist der erste Gedanke unsrer Finanzbehörden, daß sie die Füllung der leeren Kassen dadurch bewirken könnten, daß „der Tabak bluten“ muß. Der Tabak blutet nie und nimmer, bestomehr aber die Hunderttausende von Menschen, welche aus dem Tabakkonsum ihren Lebensunterhalt beziehen.

Da wird das ganze Tabakgewerbe bei jeder Gelegenheit bis ins Mark erschüttert, Tausenden und Abertausenden emsig arbeitender Menschen in unentschuldbarer Leichtfertigkeit die schwerste Sorge um die Zukunft der Existenz aufgebürdet, so daß sie sich täglich die bange Frage stellen müssen, wovon sie in der Folgezeit den Unterhalt ihrer Familie bestreiten können. Mag auch, wie es so häufig geschah, das Schlussergebnis dank der Einsicht der Volksvertretung nicht den Erwartungen der Reichsfinanzminister entsprechen; die Wunde, welche den Tabakleuten in blinder Verkennung der gewerblichen Interessen geschlagen worden ist, bedarf längerer Zeit zum Vernarben. Man nenne uns doch irgendetwas andres Gewerbe, dem die Regierungsbehörden derartiges zu bieten wagen. Wir möchten das Zetern hören, das aus andern, weniger Menschen ernährenden Erwerbszweigen ertönen würde, wenn man mit denselben in dieser Weise umspringen wollte.

Die „Ruhezeit“, die mit der Verschiebung der Stengelischen Finanzprojekte der Tabakindustrie vergönnt ist, darf aber nicht so aufgefaßt werden, daß die Gefahr eine geringere geworden sei und die Hände in den Schoß gelegt werden könnten. Wir sind gegenteiliger Meinung. Mit der Aufschiebung der „Finanzreform“ wird die Geldnot des Reiches nur größer und dringender. In zwingender Situation, wenn das Geschrei über den Dalles in der Reichskasse nächsten Herbst in der bürgerlichen Presse um so dröhnender erschallen wird, dann ist auch die Gefahr des Umfalls des linken Blockflügels größer. Darauf muß sich die Tabakindustrie gefaßt machen. Gegen diese Gefahr steht ihr nur der dringende Appell an das steuerzahlende Volk zu Gebote. Wenn nicht besondere Umstände zur Deckung des Reichsdefizits durch direkte Steuern führen, dann wird dieser Appell wohl zur Ausführung gelangen müssen.

Darauf sich vorzubereiten, ist Aufgabe der Organisationen der Tabakindustrie.

Tragt die Wahlrechtsbewegung aufs Land.

Ein Gefühl stolzer Freude und Genugtuung muß die Sorgen der klassenbewußten Arbeiterklasse erfüllen angesichts der gewaltigen Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht in Preußen. Die Geduld des arbeitenden Volkes ist zu Ende und jeder wird sagen müssen, daß sie schier unerträglich gewesen ist. Flammende Empörung über die Wahlrechtschmach hat sich jetzt überall der preussischen Arbeiterklasse bemächtigt und der feste Wille bricht sich immer mehr Bahn, den Wahlrechtskampf zum siegreichen Ende zu führen. Daß der Kampf nicht abflauen, sondern immer gewaltigere Dimensionen annehmen wird, dafür hat ja schon Fürst Bülow durch seine brüskierende und provozierende Antwort auf die Forderung des Volkes gesorgt. Und unsre Aufgabe wird es sein, durch Agitation und Organisation der Wahlrechtsbewegung immer mehr neue und zuverlässige Kämpfer zuzuführen.

In den Städten wird die Agitation und Organisation keine Schwierigkeiten bereiten. Die Arbeiterklasse steht hier in enger Fühlung miteinander; und wo diese einmal gegeben, da werden sich die Arbeiter auch leicht der Gemeinsamkeit ihrer Interessen bewußt. Das Zusammengehörigkeitsgefühl ist das feste Band, daß die Arbeiter fest aneinanderkettet.

Wesentlich anders und viel schwieriger stellt sich die Agitation jedoch auf dem platten Lande. Die meisten der hier wohnenden gewerblichen und ländlichen Arbeiter haben ihr Stüchlein Land und oftmals auch ihr eigenes Häuschen. Kommen sie nach Hause, so warten ihrer dort noch vielerlei landwirtschaftliche und sonstige Arbeiten. Die Gedanken dieser Arbeiter sind deshalb mehr mit den persönlichen Angelegenheiten, als mit denen ihrer Klasse beschäftigt. Und die Verständigung untereinander ist oft nur unter Ueberwindung großer Schwierigkeiten möglich. Trotz alledem haben wir im gegenwärtigen Wahlrechtskampf die hocherfreuliche Beobachtung machen können, daß auch das ländliche Proletariat von der Wahlrechtsbewegung ergriffen und in ihren Bann gezogen wurde. Die Anfänge der Bewegung sind also da; sie weiter auszubringen wird Aufgabe der jetzt einzusetzenden intensiven Agitation sein.

Gerade die jetzige Wahlrechtsbewegung bietet die günstigste Gelegenheit, die hochaufblühenden Flammen der Empörung gegen die preussische Wahlrechtschmach auch in das kleinste Dorf zu tragen. Die Landarbeiter haben nicht weniger durch die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts zu gewinnen, als ihre städtischen Brüder. Ja noch mehr, für sie bedeutet der Wahlrechtskampf den Anfang ihrer Befreiung aus den Klauen der feudalen und bürgerlichen Großgrundbesitzer. Die Wahlrechtsbewegung in immer stärkerem Maße auf das Land zu tragen, ist um so mehr

notwendig, als die gesamte Kreisblattpresse lügenhafte Berichte über die letzten Wahlrechtsdemonstrationen gebracht hat und noch bringen wird. Die tapferen Wahlrechtskämpfer werden geschmäht und verleumdet werden. Ist doch sogar die liberale Presse bereits eifrig am Werke, die wahren Tatsachen der Wahlrechtsbewegung zu verfehlern. Um wie viel mehr wird dann die von Behörden und Großgrundbesitzern völlig abhängige Kreisblattpresse die Verleumdungsarbeit betreiben.

Den Landarbeitern muß daher immer wieder die Ursache der Wahlrechtsbewegung vor Augen geführt werden; daß es die Rechtlosigkeit der preussischen Arbeiterklasse ist, die sie mit eherner Notwendigkeit zwingt, den Kampf für das allgemeine Wahlrecht mit allen gesetzlich gebotenen Mitteln zu führen. Und den Landarbeitern kann dabei ihre eigne elende Lage vor Augen geführt und ihnen der Weg gezeigt werden, den sie beschreiten müssen, um sich aus ihrer unwürdigen Knechtschaft zu befreien. Die Befreiung aber ist nur möglich, wenn das preussische Privilegienparlament hinweggefegt und an dessen Stelle ein Parlament getreten ist, dessen Vertreter auf Grund des Allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts gewählt worden sind.

Tragt darum die Wahlrechtsbewegung immer mehr aufs Land. Benutzt jede sich nur bietende Gelegenheit, die ländliche Bevölkerung, insbesondere die Landarbeiter, über den wahren Charakter des preussischen Dreiklassenparlamentes aufzuklären. Und da kann oft der eine oder der andre, der familiär oder freundschaftliche Beziehungen zu Landarbeitern besitzt, sehr viel zu deren Aufklärung beitragen. Ein Brief, in dem der Verlauf der Wahlrechtsbewegung den Landarbeitern geschildert wird, kann oft von hohem agitatorischen Wert sein, denn nur in den wenigsten Fällen werden die Landarbeiter die Arbeiterpresse zu Gesicht bekommen. Dafür sorgt schon die Abhängigkeit der ländlichen Arbeiter.

Wenn so jeder klassenbewußte Arbeiter unermüdet seine Pflicht im Wahlrechtskampf erfüllt, indem er agitatorisch und organisatorisch tätig ist, dann werden die Tage des preussischen Dreiklassenparlamentes gezählt sein. Darum ungesäumt an die Arbeit! Jeder Arbeiter sei ein Agitator und Organisator.

Rundschau.

Die Wahlrechtsfrage — eine Bildungsfrage. Die Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins schreibt:

„Gegen die Forderung, das Wahlrecht für die Einzel- und Landtage nach dem Vorbild des Reichstagswahlrechts zu gestalten, und gegen dieses selbst wird nicht selten der Einwand erhoben, daß die große Masse oder doch ein erheblicher Teil der Masse nicht den rechten Gebrauch von diesem Rechte wie vom Stimmrecht überhaupt zu machen verstehe. Wie sollte sich wohl — heißt es — ein einfacher Tagelöhner im abseits gelegenen Heidedorfe dieses höchsten Rechtes des Staatsbürgers in derselben Weise bedienen können, wie man es etwa von einem Professor der Staatswissenschaften erwarten darf!

Nun ist ja ohne weiteres zuzugeben, daß für eine verständige Ausübung des Stimmrechts, namentlich des allgemeinen gleichen geheimen und direkten Stimmrechts vor allem Bildung, möglichst viel Bildung vorausgesetzt werden muß. Unser öffentliches Leben, an dessen Gestaltung jeder Staatsbürger durch Abgabe seiner Stimme mitzuarbeiten berufen ist, wird immer komplizierter und darum immer weniger überschaubar. Und die laut gewordenen Zweifel, ob denn heute wirklich jeder im Besitze dieser Voraussetzung sei, mögen in einzelnen Fällen der tatsächlichen Berechtigung nicht ganz entbehren. Diese Zweifel aber können doch nun und nimmer einen auch nur im entferntesten stichhaltigen Grund dafür abgeben, bereits gewährte Rechte zu beschneiden, auf die Erweiterung eng begrenzter Rechte zu verzichten. Das hieße doch das Pferd am falschen Ende aufzäumen. Wenn diese Zweifel eine Forderung begründen können, so kann es doch nur die sein: daß man alles daran setzen, nichts unberücksichtigt lassen und keine noch so hohen Kosten scheuen solle, allen Gliedern des Volkes die Bildung zu geben, die sie brauchen, um das ihnen zustehende Stimmrecht mit Einsicht auszuüben.

So ist im Grunde jener für manchen vielleicht zunächst bestehende Einwand nichts anderes, als eine Anklage, gerichtet gegen das Volksbildungswesen der Gegenwart und gegen die Stelle, die für den Stand dieses Teiles der geistigen Kultur verantwortlich ist; und in jenem Einwand liegt die zweifellos nur mit Freuden zu begrüßende Forderung nach Erweiterung und Vertiefung unserer Volksbildung, also vor allem der dringende Wunsch nach einer durchgreifenden Reform unserer Volksschule.“

Invalidentversicherung Gefangener. Der preussische Justizminister hat über die Aufrechterhaltung der Invalidentversicherung von Gefangenen unterm 30. Januar eine Verfügung ergehen lassen. Nach § 135 des Invalidentversicherungsgesetzes verliert eine Quittungskarte ihre Gültigkeit, wenn sie nicht innerhalb zwei Jahren nach dem Ausstellungstage zum Umtausch eingereicht ist. Um diese Nachteile für diejenigen einzuschränken, gegen die eine Freiheitsstrafe vollstreckt wird, ist angeordnet, daß für einen Gefangenen, welcher eine Freiheitsstrafe von länger als einjähriger, aber nicht lebenslänglicher Dauer zu verbüßen hat, auch ohne seine Einwilligung von der Gefängnisverwaltung die Weiterversicherung vorzunehmen ist. Die zur Beschaffung der Beitragsmarken erforderlichen Geldbeträge sollen mit Einwilligung des Gefangenen aus dessen mitgebrachtem Geld, sonst aus der dem Gefangenen gutgeschriebenen Arbeitsbelohnung entnommen werden.

Die Legitimationskarten für ausländische Arbeiter, die am 1. Februar für Preußen in Kraft getreten sind, sollen nach einer Meldung der kölnischen Zeitung auch von den beiden Mecklenburg, von Oldenburg, Wückerburg und Lippe-Detmold eingeführt werden. Dies Verfahren, das die ausländischen Arbeiter in ein förmliches Hörigkeitsverhältnis versetzt, verstößt gegen die mit Deutschland abgeschlossenen Staatsverträge, die den Ausländern dieselben Rechte wie den Inländern gewähren. Die Legitimationskarte wird an den Grenzämtern der deutschen Feldarbeiterzentrale den ausländischen Arbeitern eingehändigt, nachdem sie ihre sämtlichen Heimatspapiere abgegeben haben. Dafür sollen sie obendrein noch zwei Mark entrichten. Bei Arbeitsantritt nimmt der Unternehmer die Legitimationskarte ab, wodurch es den Arbeitern unmöglich gemacht wird, eine Arbeitsstätte ohne Zustimmung des Unternehmers zu verlassen. Tun sie es dennoch, so sollen sie ausgewiesen werden. Das mögen die ausländischen Arbeiter wohl beachten, ehe sie sich den deutschen Agrariern und andern Ausbeutern auf Gnade oder Ungnade ausliefern.

Eine häßliche Blüte des neuen Zigarettensteuergesetzes. Aus Stettin wird über folgenden interessanten Fall geschrieben: In Anklam, einem Städtchen bei Stettin, baute ein Zigarettenhändler in seinem Schaufenster aus Zigaretten ein Kirchlein auf, um in der Dekoration einmal etwas Neues zu bieten. Flugs erschien die Steuerbehörde und forderte die Entfernung des Kunstwerkchens, da Zigaretten nicht Iose, sondern nur in versteuerten Packungen aufbewahrt werden dürfen.

Der Inhaber des Geschäfts machte darauf aufmerksam, daß die Zigaretten an dem Pappkirchlein festgeklebt, also nie wieder zu gebrauchen seien. Viele seien auch beschnitten und daher ebenfalls unbrauchbar. Man suchte in den Paragraphen hin und her, fand aber keinen, der für diesen Fall passen wollte. Da der Zigarettenhändler die Kirche nicht entfernte, wurden die an ihr stehenden Zigaretten genau gezählt, die Kirche auf einen großen Bogen abgezeichnet und das Protokoll nach Stettin an die Behörde zur Entscheidung eingesandt.

Erklärung.

In Nr. 5 unseres Organs befindet sich ein Versammlungsbericht der Zahlstelle Karlsruhe unseres Verbandes. Nach diesem Bericht sagte in der betreffenden Versammlung ein Mitglied Sauer in bezug auf meine Person, ich hätte mich in Streitangelegenheiten von dem Fabrikanten Eichthamer in Bretten bestochen lassen, und er glaubte ferner, das gleiche sei wohl auch in Dürrmensch-Mühlrad geschehen.

Es ist nun allerdings nichts leichter und auch nichts gemeiner, als über jemand, der in offenem Dienste der Arbeiterbewegung steht, eine solch grobe Beleidigung auszusprechen, ohne den Beweis dafür zu erbringen. Oder glaubt vielleicht Sauer, daß, weil ich den Meister Rapp nicht verklagt habe, die schwere Anschuldigung zur Tatsache geworden ist, und er sich berechtigt fühlt, mich in diesem Sinne zu verleumden? Wenn ich den Meister Rapp nicht verklagt habe, so geschah dies gerade deshalb, nicht, weil mir eben dieser Meister (von Sauer im besondern) bezüglich seines Charakters geschildert wurde, welche Schilderung mich bestimmte, von einer Klage abzusehen, weil der Meister mich nicht beleidigen konnte. Ich erinnere noch an die Versammlung vom 28. September vorigen Jahres in Dürrmensch, wo Arbeiter und Meister, Männer und Frauen, als ein einziger Menschenhaufen auf dem Boden sich herumwälzten. Angesichts solcher Umstände kam ich zu dem Entschlusse, von der Klage Abstand zu nehmen, und dies um so mehr, da ja auch Sauer den Zweck des Meisters gleich mir erkannte. Sauer hat seine Auffassung geändert und spricht nun den Verdacht aus, ich hätte mich wohl auch in Dürrmensch bestochen lassen. Den Beweis sucht Sauer darin, weil der Sortiermeister mich fragte, ob er mich in Stuttgart sprechen könne. Ob dieser nun in Stuttgart war, weiß ich nicht, ich habe ihn wenigstens nicht gesehen. Mehr, als was in Dürrmensch geschehen ist, konnte nach Lage der Sache nicht geschehen. Sauer galt vom 1. Oktober vorigen Jahres ab als gemahregelt. Am 8. November fragte ich bei der Zahlstelle Calmbach wegen Sauer an, und bekam von dort am 14. November die Nachricht, daß Sauer bereits seit dem 21. Oktober anderweitig arbeite. Damit war der Fall für mich erledigt.

Die Angelegenheit in Bretten trug sich meiner Erinnerung gemäß im Jahre 1896 zu. Der Einzelheiten des damaligen Streits erinnere ich mich nicht mehr genau; ich weiß aber, daß nach vorausgegangener Unterhandlung die Sache beendet wurde. Das eine aber weiß ich bestimmt, daß mir von der Firma Eichthamer in Bretten nicht einmal etwas angeboten wurde, was die Anschuldigung Sauer's in der Karlsruher Versammlung rechtfertigen würde.

Ich werde aber nunmehr dem Kollegen Sauer Gelegenheit geben, seine Anschuldigung gerichtlich zu beweisen.

Mein Entschluß, meine Vertrauensämter innerhalb unserer Organisation bis zur gerichtlichen Klarstellung niederzulegen, änderte ich nur deshalb, da die Bevollmächtigten von Stuttgart sowohl wie auch der Vorstand mich wiederholt um Weiterführung der Geschäfte ersuchten. Wenn ich dabei die Zeit, in der wir uns zurzeit infolge der Steuerbewegung befinden, und in der wir die ganze Kraft zur Abwehr benötigen, berücksichtigte, konnte ich mich entschließen, dem Ersuchen zu entsprechen.

Ich will schließen, indem ich die Anschuldigungen als eine gemeine Verleumdung bezeichne und den Nachredner als einen dieser Eigenschaften gleichstehenden Charakter. Mit Genugthuung kann ich auf meine bisherige Tätigkeit in unserm Verbande zurückblicken. Ich habe der Organisation nicht zwei Jahrzehnte gedient, um dieselbe zu verraten.

Stuttgart, den 11. Februar 1908.

Jos. Wildemann.

Berichte.

Berlin. Kurze Zusammenstellung der bereits im 15. Gau stattgehabten Protestversammlungen mit den Zahlen der Versammlungsteilnehmer, soweit sie bis jetzt der Zentralkommission in Berlin zugänglich ge-

macht worden sind: Berlin (1150), Dahme (400), Finsterwalde (1000), Frankfurt a. D. (800), Jüterbog (100), Kottbus (400), Küstrin II (200), Rauen (200), Prenzlau (-), Schwedt a. D. (-), Schwiebus (200), Sommerfeld (300), Sorau (300), Spremberg (130), Trebbin (350), Zehdenick (500), Züllichau (50).

Die Reichstagsabgeordneten der einzelnen Wahlkreise waren durchgängig zu diesen Versammlungen eingeladen, auch wurde denselben die von jeder Versammlung angenommene Resolution übermittelt. Die Vertreter von Spremberg und Sorau gaben ihre Zustimmung zur Steuer kund. Der Vertreter für Dahme erklärte sich für die Mehrbelastung des Tabaks. Die Vertreter von Berlin I und Finsterwalde entschuldigeten sich wegen Behinderung. Die Vertreter für Frankfurt a. D., Sommerfeld und Züllichau antworteten ausweichend, der Rest hat überhaupt nicht geantwortet.

Die Zentral-Kommission.
Z. M.: Karl Butry.

Bischofsberga. Am 13. Januar tagte im Hotel zur goldenen Sonne eine schwach besuchte öffentliche Tabakarbeiter- und Interessentenversammlung. Die Tagesordnung lautete: Die von der Reichsregierung geplante Zigarrenbändersteuer. Das sehr sachlich gehaltene Referat des Kollegen Lehmann-Frankenberg fand unter den Anwesenden volle Anerkennung. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Tabakarbeiter- und Interessentenversammlung protestiert ganz entschieden gegen die von der Reichsregierung geplante Bändersteuer, weil die Wirkung derselben die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen auf das schwerste schädigt und Arbeitslosigkeit zur Folge haben muß, und fordert deshalb die Reichsregierung auf, die ohnehin schon so schwer belastete Tabakindustrie mit einer Mehrbesteuerung zu verschonen.“ Auf die Anfrage der Kommission an den Reichstagsabgeordneten Heinrich Gräfe, welche Stellung er zu der geplanten Steuer einnehme, ging der Kommission die Erklärung zu, daß er gegen die geplante Zigarrenbändersteuer stimmen werde. Zum Schluß ermahnte noch der Vorsitzende, Kollege Schlichting, die Anwesenden, daß sie die Ausführungen des Referenten beherzigen sollten. Ein jeder solle sich gewerkschaftlich und politisch organisieren und die bürgerlichen Zeitungen sollten aus den Arbeiterwohnungen verschwinden, dafür die Arbeiterpresse Einzug halten, denn diese ist die einzige, die die Interessen der Arbeiter vertritt.

Enger. Die zum 19. Januar anberaumte Mitgliederversammlung war schwach besucht. Man hoffte angesichts der drohenden Wolke, die über unsere Industrie schwebt, auf ein zahlreiches Erscheinen. Folgende Tagesordnung fand ihre Erledigung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1907; 2. Wahl der Bevollmächtigten und Kontrollleure, sowie Wahl eines Lokalfassierers; 3. Verschiedenes. Nachdem die Abrechnung von den Kontrollleuren für richtig anerkannt, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Punkt 2. Gewählt wurden die Kollegen W. Müller als erster, G. Krentel als zweiter, Fritz Steffmann als dritter Bevollmächtigter; zu Kontrollleuren die Kollegen G. Köhlmann, G. Niekamp und G. Heibrin; zum Lokalfassierer wurde Kollege August Gerbener gewählt. Zum 3. Punkt entspann sich eine lebhafte Debatte. Es wurde von einigen Kollegen die Frage gestellt, ob keine Protestversammlung anberaumt werden sollte. Sämtliche Kollegen waren sich darüber einig, daß wir es unsern kämpfenden Kolleginnen und Kollegen und unsern Familien schuldig seien, gegen diese von der Regierung geplante Steuer Protest einzulegen. Manchem Tabakarbeiter werden ja erst die Augen aufgehen, wenn die Steuererhöhung zum Gesetz erhoben wird. Bitter wurde geklagt über unsere indifferenten und gleichgültigen Kollegen. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, daß die Kollegen von Enger und Umgebung doch bald erkennen, daß auch sie mit in die Reihen der kämpfenden Proletarier gehören, daß sie es uns schuldig sind, sich der Organisation anzuschließen. Schwere Zeiten stehen uns bevor, stellen wir uns Schulter an Schulter, dann können wir sagen: Einigkeit macht stark!

Ergleben. Am 26. Januar fand in Ergleben eine Mitgliederversammlung statt. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1907 wurde vom 2. Bevollmächtigten verlesen. Die von den Revisoren beantragte Entlastung fand einstimmig Annahme. Als 1. Bevollmächtigter wurde Alfred Schiebel, als 2. Gustav Knippel, als 3. Max Noote gewählt; als Kontrollleure die Kollegen Wilhelm Pöllner, Artur Große und Hermann Veust. Zum Punkt Verschiedenes teilte der 1. Bevollmächtigte der Versammlung mit, daß der Fabrikant Schulze 50 Pfg. freiwillig für jede Sorte zugelegt hat, wegen der teureren Lebensmittelpreise. Letzteres teilten wir den Uhrzelebener Kollegen mit, die daraufhin bei ihrem Fabrikanten Tripler vorstellig wurden; sie erhielten durch Vereinbarung dieselbe Lohnzulage, außerdem verpflichtete sich der Fabrikant, Kranke- und Invalidentbeiträge allein zu bezahlen. Somit ist der Mindestlohn für beide Firmen 8 Mk. pro Wille. Leider werden im Nachbarorte Alvensleben noch Löhne von 7 Mk. pro Wille für Heimarbeit bezahlt. Trotz der traurigen Löhne sind von 20 Kollegen nur 2 organisiert. Darum, Kollegen, rafft euch auf, werft eure Interesslosigkeit beiseite und tretet ein in den Deutschen Tabakarbeiterverband, denn dadurch könnt ihr eure Lage verbessern.

Gelbfern. Die Tagesordnung der Generalversammlung war: 1. Quartalsabrechnung; 2. Vorstandswahl; 3. Verschiedenes. Kollege Fricke verlas die Abrechnung vom 4. Quartal 1907; sie wurde von den Kontrollleuren für richtig erklärt und dem Kassierer Decharge erteilt. Bei der Vorstandswahl wurden als 1. Bevollmächtigter Gerhard van de Loo, als 2. Peter Fricke und als 3. Karl Brodmann gewählt; zu Kontrollleuren Theodor Verwey, Franz Legermann und Jakob Leuter ernannt. Zu Verschiedenem machte Kollege Brodmann die anwesenden Kollegen auf die von der Regierung geplante Bändersteuer aufmerksam und erwähnte, daß schon an vielen Orten Protestversammlungen abgehalten seien. Er wünschte, daß auch in Gelbfern eine abgehalten würde. Wenn wir auch keinen großen Saal hätten und wir am Orte keinen bekommen, so könnten wir doch hier im Verbandslokal eine abhalten, denn die Zahlstelle hätte doch über 100 Mitglieder und das Lokal sei groß genug; auch sollte der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises, Dr. Marcour, eingeladen werden. Kollege Verwey stimmte diesem Antrage zu und erinnerte die Kollegen an die immer wiederkehrende Weunruhigung der Tabakindustrie, wie jetzt wieder mit der Bändersteuer auf Tabak und Zigarren. Käme diese Steuer durch, so würde den Arbeitern das Fell über die Ohren gezogen. Vor allem hätten wir das dem Zentrum zu verdanken, denn das hätte trotz aller Warnung unsern Feind für die Zigarettensteuer gestimmt. Kollege Fricke äußerte sich im nämlichen Sinne und es wurde beschlossen, über 14 Tage eine Protestversammlung abzuhalten. Kollege van de Loo wünscht Einführung von Monatsversammlungen. Kollege Verwey stimmte dem zu und forderte die Kollegen auf, alle in den Versammlungen zu erscheinen, denn in den Versammlungen würde viel Aufklärung geschaffen. Nachdem noch einige Kollegen darüber gesprochen, wurde beschlossen, am 1. März die erste Monatsversammlung abzuhalten.

Golshausen. Am 26. Januar fand hier eine Mitgliederversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1907; 2. Wahl der Bevollmächtigten; 3. Verbandsbergangen. Der zweite Bevollmächtigte Wilhelm Woske verlas die Abrechnung, dieselbe wurde für richtig befunden, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Bei der Wahl der Bevollmächtigten wurden gewählt: Karl Kleine als erster, Wil-

helm Woske als zweiter, Albert Schmidt als dritter Bevollmächtigter, als Kontrollleure M. Schäfer, Heinrich Thierhard und Auguste Nieburg. Zum Punkt 3: Verbandsbergangen, wurde beschlossen, im Laufe dieses Winters ein Tagungsbergangen stattfinden zu lassen, wenn sich die Kollegen und Kolleginnen durch vorherige Unterschriften daran beteiligen. Einstimmig wurde eine Lokalmiete von 5 Mark bewilligt.

Lachen. Hier fand am 20. Januar eine Protestversammlung gegen die geplante Zigarrenbändersteuer und am 25. Januar eine Mitgliederversammlung statt, verbunden mit Abrechnung und Neuwahl. Die Protestversammlung fand im Saale von Martin Früh statt. Referent zu der Protestversammlung war Gauleiter Kollege Krohn-Speier. Er gab in seinen Ausführungen einen Überblick auf den Anfang und die weitere Entwicklung der deutschen Tabakindustrie. Kollege Krohn konstatierte, daß die deutschen Tabakarbeiter in der Zeit, wo die Industrie noch in ihrem Anfang und steuerfrei war, zu den bestbezahlten Arbeitern in Deutschland zählten. Das ging bis zum Jahre 1879. Mit Hilfe des Deutschen Tabakarbeiterverbandes konnten dieselben sich vor der Unterdrückung und Ausbeutung durch die Fabrikanten wehren und auch dazu übergehen, an die Fabrikanten Lohnforderungen zu stellen und damit die tief gesunkenen Löhne wieder in die Höhe zu bringen. So sehen wir, wie der Deutsche Tabakarbeiterverband die einzige Stütze der Tabakarbeiter wurde. Der Referent erteilte lebhaften Beifall für seine Ausführungen. Eine Resolution gegen die drohende und weitere Existenz der deutschen Tabakarbeiterschaft vernichtende Zigarrenbändersteuer sowie gegen jede weitere Belastung des Tabaks wurde angenommen.

In der am 25. Januar stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde der Bericht über die Abrechnung vom Kassierer Jakob Müller erstattet. Nachdem die Abrechnung von den Kontrollleuren geprüft und für richtig befunden war, wurde dem Kollegen Müller Decharge erteilt. Es wurden bei der Neuwahl folgende Kollegen gewählt: Johann Schuster als 1. Bevollmächtigter, Kas. Müller als 2. und Philipp Mehrmann als 3., als Kontrollleure die Kollegen Philipp Fischer, Johann Girtner und Käthe Wenz.

Leisnig. Am Montag, den 27. Januar, tagte im Restaurant Neue Sorge unsere diesjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Jahresbericht; 2. Neuwahl der Verwaltung; 3. Kartellbericht und Neuwahl der Delegierten; 4. Verschiedenes. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben, daß acht Mitgliederversammlungen stattgefunden haben; dieselben waren durchschnittlich von 21 Mitgliedern besucht. Die Jahreseinnahme betrug 1386 Mk., die Ausgabe 847.07 Mk., mithin konnten 470 Mk. an die Hauptkasse abgeführt werden. An Extrabeiträgen wurden 173.70 Mk. vereinnahmt. Zu Punkt 2 wurden Bruno Lopa als Vertrauensmann, Fritz Moser, Paul Helbig, Paul Jurischka als Kontrollleure gewählt. Es folgte hierauf der Bericht vom Gewerkschaftskartell. Als Delegierte wurden Paul Schneeweiß, Paul Tzengel, Richard Knöschke und Paul Helbig entsandt. Unter Verschiedenem wurde das Schreiben vom Hauptkartell einer scharfen Kritik unterzogen, vor allem der Kapitalistonten, welcher in dem Schreiben angeklagt wurde. Außerdem verlangten die Mitglieder, daß die Ausgaben fürs Gewerkschaftskartell von der Hauptkasse bezahlt werden, wie es die übrigen Zentralverbände handhaben.

Luzemburg. Am 26. Januar fand im Vereinslokal der Witwe Ley unsere Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1907; 2. Neuwahl der Bevollmächtigten, Kontrollleure und Kartelldelegierten; 3. Besprechung über abzuhaltende Volksversammlungen betr. die Tabak- und Zigarrenbändersteuer; 4. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Erster Bevollmächtigter Konrad Driemeyer, zweiter Bevollmächtigter Peter Wurmer, dritter Bevollmächtigter Nic. Thonnar; Kontrollleure Joseph Bichel, Franz Fiegen, Jean Schmit. Zu Kartelldelegierte wurden Peter Wurmer und Franz Fiegen gewählt. Zum 3. Punkt der Tagesordnung nahm Gauleiter Kollege Klein das Wort, der die von der Regierung geplante Tabak- und Zigarrenbändersteuer kritisierte und bemerkte, daß auch wir Luxemburger mit denselben Verhältnissen zu rechnen haben wie unsere deutschen Kollegen. Daher sei es auch in Luxemburg notwendig, Protestversammlungen abzuhalten. Da zu dieser Protestbewegung aber viel Geld nötig ist, müßte eine Agitationskommission gewählt werden, welche sich mit dieser Sache beschäftigt und die Sammellisten zirkulieren läßt. Die Versammlung war der Ansicht, dem Vorstande dieses zu überlassen, der es auch annahm und direkt in die Agitation eintrat. Alle Unterschriften sind an Konrad Driemeyer, Faubourg Nr. 7, Esch a. M., zu senden. Die zureisenden Kollegen werden aufmerksam gemacht, sich zuerst an die Bevollmächtigten zu wenden, bevor sie sich nach Arbeit umsehen.

Northheim (Hann.). Am 27. Januar fand hier im Lokale der Witwe Marie Heilmann eine öffentliche Tabakarbeiter- und Interessentenversammlung mit der Tagesordnung statt: Die geplante Bändersteuer und ihre Folgen. Als Referent war der Gauleiter Hufung-Nordhausen erschienen. Nebner legte der Versammlung klar, wie die Regierung die Tabakindustrie fortgesetzt durch neue Steuerpläne beunruhige, indem er einen Ueberblick gab über die bis jetzt im Reichstage erschienenen Tabaksteuervorlagen und deren schädliche Wirkungen auf das Gewerbe kennzeichnete. Er schilderte die teils traurigen Verhältnisse der Tabakarbeiter, insbesondere die des Gläubigers. Nebner wies nach, wie das traurige Glend noch heraufbeschwoeren würde durch das Zustandekommen dieser geplanten Steuer. Durch sie würden ungefähr 50-60 000 Arbeiter arbeitslos und würden dann gegen ihre eignen Kollegen, sowie gegen die Arbeiter anderer Branchen als Lohnbrüder auftreten. Der Referent forderte die Anwesenden auf, energig Protest einzulegen gegen dieses geplante Attentat der Regierung. Er schloß mit einem kräftigen Appell an die Tabakarbeiter, sich zu organisieren und einzutreten in den Deutschen Tabakarbeiterverband. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 27. Januar 1908 im Heilmannschen Gasthause tagende öffentliche Tabakarbeiter- und Interessentenversammlung protestiert energig gegen die von der Reichsregierung geplante Bändersteuer und andre Tabakzeugnisse, deren Wirkung die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen auf das schwerste schädigen und Not und Glend in die Reihen der Tabakarbeiter bringen würde. Auch zahlreiche kleine und mittlere Betriebe würden durch eine abermalige Belastung des Tabaks zugrunde gerichtet werden und so das Heer der Arbeitslosen noch mit vergrößern. Aus vorstehenden Gründen ersuchen die Versammelten den Reichstagsabgeordneten des 11. Hannoverschen Wahlkreises, Herrn Senator Fintel, im Sinne der vorstehenden Resolution seine Stellungnahme im Reichstage einrichten zu wollen.“

Steinbach b. Sonneberg. Am 26. Januar fand in Steinbach unsere Mitgliederversammlung der Zahlstelle Koburg-Steinbach statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung; 2. Verschiedenes. Zum 1. Punkt erhielt Kollege G. Heideich das Wort und erstattete den Kassierenbericht. An Einnahmen wurden erzielt 70.46 Mark; an den Vorstand wurden auf Antrag des Kollegen Franz Rubel 40 Mark abgefand, bleiben am Orte 30.46 Mark. Hierauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Unter Verschiedenem entspann sich eine lebhafte Debatte, und zwar handelt es sich um den Fall Siegel. Es wurde beschlossen, nochmals den Vorstand zu interpellieren, warum die Hinterbliebenen des verstorbenen Kollegen Adolf Siegel noch bis dato keine Sterbeunterstützung erhalten haben. Dann wurde vom Kollegen Loß noch ein Antrag gestellt und bis zur nächsten Generalversammlung aufgehoben, daß der § 12 des Statuts etwas deutlicher ausgelegt wird. (Siehe Fall Siegel.)

Ditrik. Am 1. Februar fand in Krauses Restauration unsere Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1907; 2. Wahl des Gesamtvorstandes der hiesigen Zählstelle; 3. Verschiedenes. Zum Punkt 1 gab Kollege Ludwig der Versammlung die Einnahmen und Ausgaben vom 4. Quartal 1907 bekannt, welche auch von den Kontrollleuren für richtig befunden wurde. Zum Punkt 2 wurde Kollege Ludwig als Vertrauensmann und die Kollegen Ernst Kallert und Paul Krefschmer als Kontrollleure gewählt. Unter Verschiedenes bemängelte der Werkmeister Herr Keller unser Statut; er legte ganz scharf Protest dagegen ein, daß ein langjähriges Mitglied, wenn es einmal eine Meisterstelle angenommen hat und sich in dieser Stellung als organisiertes Mitglied geführt hat, das heißt, wenn er nicht zum Schaden der Arbeiter und des Verbandes gearbeitet hat und schließlich seine Stellung einmal verbessern kann, kein Umzugsgeld kriegen soll. Jedes Mitglied habe Pflichten zu erfüllen, so müsse auch jedes Mitglied Rechte haben. Warum steht dieser Passus nicht im § 10 unseres Statuts? Er führte an, daß gerade sehr wichtige Sachen überhaupt nicht im Statut stehen, auch der § 11 wird bei vielen Mitgliedern zu Auseinandersetzungen führen, weil nicht darin gesagt wird, daß zu den drei Karenztagen kein Sonntag gerechnet werden darf. Es wurde weiter gesagt, daß sämtliche Bestimmungen, welche erst nachträglich immer im Tabakarbeiter bekannt gegeben werden, überhaupt alle ins Statut gehören, denn erst das zehnte Mitglied wird sich die Sachen anschauen und aufheben. Wenn aber alles im Statut vermerkt wäre, hätten die Bevollmächtigten die Sache bedeutend leichter und mancher Pant unter den Mitgliedern würde vermieden. Die Versammlung schloß sich den Ausführungen des Redners an. Zum Schluß fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 1. Februar im Lokal der Frau Krause versammelten Tabakarbeiter aus Ditrik protestieren ganz entschieden gegen jede Mehrbelastung des Tabaks, hauptsächlich aber gegen die geradezu vernichtend wirkende und Tausende von Tabakarbeitern brotlos machende Wandlersteuer auf Zigarren.“

Waldappel. Am 1. Februar fand im Lokal zum Deutschen Kaiser eine Protestversammlung gegen die von der Regierung geplante Mehrbelastung des Tabaks statt. Das Referat hatte Kollege Ferdinand Hufung-Nordhausen übernommen. Redner schilderte, wie die Reichsregierung die durch ihre ulerlosen Forderungen für Heer und Marine, sowie für ihre Kolonialpolitik immer mehr anwachsenden Ausgaben des Reiches durch Steuern auf Lebensmittel decken will. Er hob hervor, daß in den letzten Jahren die notwendigsten Lebensmittel im Preise hoch gestiegen sind, aber die Löhne der Tabakarbeiter noch gefallen sind. Aber trotzdem geht die Regierung schon wieder mit neuen Plänen um, um dem Volke noch mehr indirekte Steuern aufzubürden in Gestalt von Steuern auf Spiritus und einer Wandlersteuer auf Zigarren. Am Schlusse seiner Ausführungen mahnte Kollege Hufung dann, die drohende Gefahr der Reichsregierung abzuwenden, einzig zu sein und dem Deutschen Tabakarbeiterverband beizutreten. Lebhafter Beifall lohnte Redner für seine Ausführungen. Eine Protestresolution fand einstimmige Annahme.

Briefkasten.

R., Ditrik. Alle Einsendungen müssen mit dem Vereinsstempel versehen sein, sonst ist die Aufnahme ins Blatt — abgesehen von der Prüfung durch die Redaktion — überhaupt ausgeschlossen. Red.

Widemann, Stuttgart. Gewiß. Aber nur so konntest Du die Verleumdung aus der Welt schaffen. Besten Gruß!

Hermann Krapp †.

Einen plötzlichen Tod fand der Genosse Hermann Krapp, Beamter beim Zentralvorstand des Tabakarbeiterverbandes. Als er von einem Spaziergange heimkehrte, ereilte ihn in der Nähe seiner am Postweg gelegenen Wohnung der Tod. Ein Schlaganfall hatte seinem Leben jäh ein Ende gemacht. Genosse Krapp stand im 48. Lebensjahre. Seit dem Jahre 1902 war er als Hilfsbeamter im Bureau des Tabakarbeiterverbandes angestellt. Die Gaste der Genossen verlieren an ihm einen allseitig eifrigen Mitkämpfer. Seit vielen Jahren hat er dort in den vordersten Reihen der Gewerkschafts- und Parteibewegung gestanden. In den letzten Jahren gehörte er auch als Vertreter des Dittriks Gaste dem Parteivorstande an. Die Bremer Genossen werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Vereinstell.

Deutscher Cabakarbeiter-Verband.

Karl Detkmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Cabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren.

Geld-, Einschreibe- u. Wertsendungen nur an W. Nieder-Walland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Aufsicht bestimmte Zuschriften sind an Emil Gilken, Altona-Ottensen, Schiel-Platzstraße 1, I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Wir eruchen um sofortige Einsendung der auf den Namen Hermann Apiksch aus Verden, geb. 10. 4. 81, Buch S. I, 73042, Kl. III, in Altona ausgestellte Wandlerkarte.

Folgende Mitgliedsbücher wurden als verloren gemeldet:
 Von Hilbesheim: Karl Koch aus Uslar, S. I, 11458 eingetr. am 18. 8. 87; Heinrich Dagemann aus Moritzberg, S. I, 11457, eingetr. am 16. 3. 90. (150/08.)
 Von Fußgönnheim: August Busch aus Fußgönnheim, S. I, 65798, eingetr. am 19. 1. 07. (S. 159/08.)
 Von Helmstedt: Wilh. Jänke aus Helmstedt, S. I, 10428, eingetr. am 1. 2. 98. (S. 168/08.)
 Von Gera: Frau Lida Heber aus Friedrichshalde bei Ronneburg, S. I, 18438, Kl. I, eingetr. am 10. 12. 02 in Ronneburg. (S. 181/08.)
 Von Braunshweig: Frau Wettemann aus Braunshweig, S. I, 25128, eingetr. am 19. 8. 05. (S. 182/08.) Im Vorzugsfalle sind diese Bücher zu konfiszieren und einzulösen.

Wir eruchen die Bevollmächtigten und andere Kollegen um Mitteilung des Aufenthaltsortes des Karl Kallert. Derselbe soll in Holzmitden gearbeitet haben. (S. 180/08.)

Das Mitglied W. Sebald aus Breslau, S. I, 20426, aufgen. am 27. 8. 05, wird hierdurch aufgefordert, uns seine Adresse einzulösen. S. hat in Kellingin gearbeitet und ist von dort abgereist. Das Buch ist zu konfiszieren und darf keine Wandlerkarte ausgestellt werden. Wenn S. sich innerhalb 14 Tagen nicht meldet, wird der Vorstand zum Ausschluß Stellung nehmen. (29/103.)

Der Tabakarbeiterverband in Dänemark

erhält vom 1. Januar 1908 ab zu seiner Reiseunterstützungskasse einen Staatszuschuß. Dieser Zuschuß kommt auch bei den aus dem Auslande zurückkehrenden Verbandskollegen in Betracht. Voraussetzungen zum Bezug der Verbands- und Staatsreiseunterstützung ist eine 52wöchige Mitgliedschaft. Die Mitglieder unseres Verbandes, welche 52 Beiträge geleistet haben und nach Dänemark reisen, können auf die Unterstützung Anspruch erheben.

An die Bevollmächtigten!

Wiederholt ist es vorgekommen, daß Bevollmächtigte Wandlerkarten ausstellen, ohne das betreffende Mitgliedsbuch zurückzubehalten und uns einzulösen. Auch vergessen sie bei Ausstellung der Wandlerkarte Serie und Buchnummer und Beitragsklasse auf die Wandlerkarte einzutragen. Wir machen deshalb noch einmal darauf aufmerksam, daß bei Ausstellung der Wandlerkarte Serie, Buchnummer und Beitragsklasse auf die Wandlerkarte zu vermerken und das Mitgliedsbuch sofort dem Vorstande eingesandt werden muß.

Bevollmächtigte, die für die Folge in vorstehendem Sinne nicht handeln, werden publiziert werden.

Bremen.

Der Vorstand.

Vom 4. bis 10. Februar 1908 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:		B. Freiwillige Beiträge zur Unterstützung der Protestbewegung gegen die Zigarren-Wandlersteuer.	
24. Januar.		5. Februar.	
Burgbamm	200.—	Boitzenburg	92.03
25. Eppingen		5. Mühlhausen i. Th.	116.80
durch J. Krohn	40.—	5. Dellinghausen i. W.	125.—
1. Februar. Sedenheim, Krefschmer, durch J. Krohn-Speyer	5.—	5. Seibent	107.84
2. Starfow	91.10	5. Leisnig	163.70
2. Bielefeld	647.47	5. Durlach	8.10
2. Deberan	70.—	5. Walbheim	100.—
3. Gernrode	80.50	6. Bremen	300.—
3. Lübben, Zwidert	17.95	6. Rehme i. W.	650.—
3. Langenbittelau	50.—	6. Groß-Schönau	40.—
3. Dranienbaum	90.—	6. Werthe	25.40
3. Eberswalde	150.—	6. Wigenhausen	90.10
3. Niederbeyer	98.10	6. Meschede	74.54
3. Bodenben	300.—	6. Jbehausen	92.70
3. Clausthal	50.—	6. Berlin	600.—
3. Wegberg	42.05	6. Heppenheim	43.90
3. Peterswaldau	130.—	6. Daffow	47.71
3. Jauer	130.10	6. Bülow	4.55
3. Habersleben	250.—	6. Speyer	220.—
3. Dietesheim	200.—	6. Friebeberg	69.11
3. Nauen	100.—	7. Glas	40.—
3. Belien	50.—	8. Ueterfen	100.—
3. Durlach	600.—	8. Diebrich	187.80
3. Schöfen	18.32	8. Jodenheim	500.—
4. Dahme	400.—	8. Nedarhausen	100.—
4. Hückerkreuz	15.—	8. Bruch	30.—
4. Altona a. E.	600.—	8. Kreischa	121.40
4. Herzberg a. S.	250.—	8. Nordhausen, durch F. Hufung-Nordhausen	150.—
4. Lorch	200.—	9. Bretten	21.10
4. Altenbuck	147.95	9. Greiz	49.20
4. Rheda i. W.	90.—	9. Lage i. L.	39.29
4. Langwehel	15.90	9. Delitzsch, durch D. Wengel-Halle a. S.	200.—
4. Nabeberg	40.—	9. Kesselbach, durch F. Schnell-Stieken	16.05
4. Strickberg i. Schl.	61.70		
4. Schutterwald	33.73		
5. Stendal	178.50		

B. Freiwillige Beiträge zur Unterstützung der Protestbewegung gegen die Zigarren-Wandlersteuer.

30. Januar. Blotho, Franz Fülmer 5.—
 Verichtigung: In Nr. 4 des Tabakarbeiter muß es heißen Eigersweier 11.40 Mk., statt Offenburg. — In Nr. 6 Barel 42.15 Mk., statt 42.20 Mk.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmächtiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Einwache Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterschreiben einbringen.

Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind. Bremen, den 10. Februar 1908.

W. Nieder-Walland, Kassierer, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Diebrich: Herm. Bergmann als 1. Bev., Willi Kremer als 2. Bev., H. Steller als 3. Bev.; Wendelin Hoffmann, Simon Fißel, Albert Heß als Kontrollleure.

Für Greig: Oswald Rlesch als 1. Bev., Karl Wagner als 2. Bev., Wilh. Schneider als 3. Bev.; Gottfried Pfeiffer, Martha Reimann, Berta Dremba als Kontrollleure.

Für Ganderfeldmark: Karl Henke als 1. Bev., Karl Könter als 2. Bev., Reinhold Hobroß als 3. Bev.; Fritz Pott, Fritz Niederwölter, Wilh. Hoffmann als Kontrollleure.

Für Eberswalde: Herm. Jereßki als 1. Bev., Herm. Jakob als 2. Bev., Gust. Sydow als 3. Bev.; Max Engler, Joh. Thomas als Kontrollleure.

Für Schwesge: Ernst Bone als 1. Bev., Ludwig Neusiß als 2. Bev.

Für Finsterwalde: Paul Birkel als 1. Bev.

Für Gera: Alb. Nebbermeyer als 1. Bev., Paul Rudolff als 2. Bev., Gust. Peine als 3. Bev.; Otto Seidel, Otto Dietrich, Willi Maguttia als Kontrollleure.

Für Groß-Berra: Gust. Ludwig als 1. Bev., Aug. Ludwig als 2. Bev., Heinr. Ribell als 3. Bev.; Heinrich Linnes, Karl Matbaum, Wilh. Weule als Kontrollleure.

Für Habersleben: W. Behm als 1. Bev., M. Christensen als 2. Bev., Joh. Proberien als 3. Bev.; H. Pappst, Joh. Heßens, Jens Christensen als Kontrollleure.

Für Halberstadt: Karl Ulrich als 1. Bev., Hasselbach als 2. Bev., Aug. Thiemann als 3. Bev.; Adolf Hahn, Rob. Kamel, Moritz Görs als Kontrollleure.

Für Haslach: Karl Braune als 1. Bev., Georg Müller als 2. Bev., Phil. Becker als 3. Bev.; Wilh. Kramer, Käthe Riffel, Konrad Ebel als Kontrollleure.

Für Herzberg: Otto Koch als 1. Bev., Karl Ringling als 2. Bev., Aug. Lange als 3. Bev.; Ernst Waki, Karl Schab, Fritz Hogroße als Kontrollleure.

Für Hochdorf i. Pfalz: Fried. Schloffer als 1. Bev., Michael Jörns als 2. Bev., Valentin Kapp als 3. Bev.; Peter Heßer, Peter Pappon, Franz Pappon als Kontrollleure.

Für Hshoe: A. Diebentorn als 1. Bev., A. Riel als 2. Bev., R. Wittkowski als 3. Bev.; G. Koflß, K. Wotgi, C. Münster als Kontrollleure.

Für Jauer: Berthold Ratterwe als 1. Bev., Ernst Herzog als 2. Bev., Gustav Schneider als 3. Bev.; Otto Schneider, Ed. Kößner, Jos. Wiese als Kontrollleure.

Für Kaiserlautern: Leonh. Simmenbinger als 1. Bev., Phil. Seib als 2. Bev., Rath. Dittler als 3. Bev.; Luise Cannon, Marie Ripper, Christian Schild als Kontrollleure.

Für Klein-Brohanburg: Joh. Jak. Sturm als 1. Bev., Kilian Jakob Schwab als 2. Bev., Leopold Zimmermann als 3. Bev.; Joh. Peter Schwab, Martin Brauneiß, Peter Marglin Fridel als Kontrollleure.

Für Langenbittelau: Aug. Springer als 1. Bev., August Dittmer als 2. Bev., Herm. Wilsch als 3. Bev.; P. Tajobe, W. Wisse, Frau Raubner als Kontrollleure.

Für Leisnig: Bruno Koppe als Vertrauensmann; Fritz Moser, Paul Helbig, Paul Jurischka als Kontrollleure.

Für Lissa i. Posen: Anna Suder als 1. Bev., Paul Pirnted als 2. Bev.

Für Lübben: Alfred Regel als 1. Bev., Bruno Schellack als 2. Bev., Herm. Kellner als 3. Bev.; Popelius Preuß, Germerßdorf als Kontrollleure.

Für Miloslaw i. Posen: Franz Jakubowski als 1. Bev., Ignaz Kobs als 2. Bev.

Für Mörs a. Rh.: Herm. Ribber als 1. Bev., Matthias Balbeau als 2. Bev., Heinr. Böh als 3. Bev.; Jakob Gud, Joh. Schuhmann als Kontrollleure.

Für Neumarkt i. Schlesien: Wilh. Schutte als 1. Bev., Johann Müller als 2. Bev., Herm. Baier als 3. Bev.; Heinr. Knorr, Marie Gelfert, Antoni Bäsche als Kontrollleure.

Für Ohlau: Emanuel Langner als 1. Bev., Wilh. Woritas als 2. Bev., Berta Vogel als 3. Bev.; Reinhold Klipfch, Emma Kraske, Anna Thiel als Kontrollleure.

Für Ottersen: F. Henke als 1. Bev., F. Strupfen als 2. Bev., G. Repp als 3. Bev.; W. Schröder, P. Zimmer, S. Rehmüller als Kontrollleure.

Für Prenzlaw: Theodor Geride als 1. Bev., Ludw. Loofe als 2. Bev., Karl Jahnkow als 3. Bev.; Franz Braun, Richard Schulz, Herm. Poillon als Kontrollleure.

Für Rintheim bei Karlsruhe: Joh. Rothacker als 1. Bev., Marie Meister als 2. Bev., Herm. Schwimmler als 3. Bev.; J. Hoffmann, E. Welter, J. Munt als Kontrollleure.

Für Scharnebeck: Feinr. Brune als 1. Bev., L. Wetjen als 2. Bev., Karl Arfmann als 3. Bev.; Joh. Kullmann, Friedr. Schürmann, Dietr. Grote als Kontrollleure.

Für Schönlanke: Max Schnabel als 1. Bev., Herm. Holz als 2. Bev., Herm. Kuhn als 3. Bev.; Frau Martha Lemf, Anna Thorns, Marie Hering als Kontrollleuren.

Für Striegau: Max Kulle, Oskar Eberhard als Kontrollleure.

Für Tlotha: Karl Stemmer als 1. Bev., Karl Lambrecht als 2. Bev., H. Schomburg als 3. Bev.; Alb. Stemmer, G. Kreye, Aug. Hottel als Kontrollleure.

Für Weiffenfels: Wilh. Rief als 1. Bev., Herm. Koch als 2. Bev., Karl Normann als 3. Bev.; Oswald Pönth, Herm. Schleichner, Ida Schlegel als Kontrollleure.

Adressen-Änderungen:

Für Diebrich: Der 1. Bev. Hermann Bergmann wohnt jetzt Gaugasse 11. — Der 2. Bev. Willi Kremer wohnt jetzt Vorkholderstraße 6.

Für Greisnig bei Dresden: Der 1. Bev. Paul Schmidt wohnt jetzt Großröhrsdorf, Nordstraße 178 b.

Für Greig: Der 1. Bev. Oswald Rlesch wohnt jetzt Schulstraße 12, II. Alle Zuschriften sind an diesen zu richten.

Für Eberswalde: Der 2. Bev. Herm. Jakob wohnt jetzt Eichwerber Straße 18.

Für Herzberg a. S.: Der 1. Bev. Otto Koch wohnt jetzt Lange Straße 61.

Für Hochdorf i. Pfalz: Alle Zusendungen sind jetzt an Friedr. Schloffer, Zigarrenarbeiter, zu richten.

Für Hshoe: Der 1. Bev. A. Diebentorn wohnt jetzt Karionsberg 7.

Für Lissa (14): Die 1. Bev. Anna Suder wohnt jetzt Hintergasse 5. — Der 2. Bev. Paul Pirnted wohnt jetzt Buchwälderstraße 4.

Für Miloslaw (14): Der 1. Bev. Franz Jakubowski wohnt jetzt Hintergasse 8a. — Der 2. Bev. Ignaz Kobs wohnt jetzt Rosenstraße.

Für Mörs a. Rh.: Der 1. Bev. Herm. Ribber wohnt jetzt Hochstraße 22. — Der 2. Bev. Matthias Balbeau wohnt jetzt Unterwallstraße 8.

Für Scharnebeck: Der 1. Bev. Feinr. Brune wohnt jetzt Koppelstraße 180.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgegahlt:

In Diebrich: Durch Hermann Bergmann, Gaugasse 11.

In Greig: Durch Karl Wagner, Fischerstraße 17, I.

In Eberswalde: Durch den 1. Bev. Herm. Jereßki im Gasthaus zum schwarzen Adler.

In Finsterwalde: Durch Paul Birkel, Kottbusser Straße 22.

In Gera-Debschitz: Durch Alb. Nebbermeyer, Wiesenstraße 3.

In Weiffenfels: Durch Hermann Koch, Lutherstraße 18.

Krankenunterstützung wird ausgegahlt:

In Diebrich: Durch Willi Kremer, Vorkholderstraße 6.

In Greig: Durch Karl Wagner, Fischerstraße 17, I.

In Ganderfeldmark: Durch den 2. Bev. Karl Könter.

In Eberswalde: Durch Hermann Jakob, Eichwerberstraße 18.

Nur Sonnabend abends.

In Gera-Debschitz: Durch Paul Rudolff, Friedrichstraße 10.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht unsere Versammlungen andveich!)

In Leipzig: Sonnabend, den 15. Februar, abends 7/9 Uhr, im Volkshaus. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Die Kollegen und Kolleginnen werden erucht, zahlreich zu erscheinen. S. A.: Der Vertrauensmann.

In Berlin: Mittwoch, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Musikerkäfen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18 m (unterer Saal). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1907. 2. Bericht über das Geschäftsjahr 1907. 3. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollleure. 4. Wahl der Agitationskommissionen. 5. Verschiedenes. — Kolleginnen und Kollegen! Die angesagte Mitgliederversammlung ist eine der wichtigsten Versammlungen, welche von den Tabakarbeitern Berlins im Jahre abgehalten werden. Mache dich daher ein jeder zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen. S. A.: Die Bevollmächtigten.

In Birchlengern: Sonntag, den 8. März, nachmittags 4 Uhr, bei W. Liesmeier. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Um pünktliches Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird gebeten. S. A.: Der Bevollmächtigte.

Ohlau. Das Verkehrslokal befindet sich im Gasthof zur Stadt Dels (Inhaber: Felix Schmidt).

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Cabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamburg-Blüthenhof, Mozartstraße 5, I. Aufsicht: D. Sidow, Brandenburg a. S., Kurze Straße 3. Schiedsgericht: L. Dechand, Berlin N., Ruhelplatzstraße 24.

Eingegangen: Goldenfiedt 75.— Mk., Bernburg 100.— Mk., Bülzig 50.— Mk., Meißen 50.— Mk., Goslar 25.— Mk., Prießau 40.— Mk.

Sterbekasse: Kiel 4.15 Mk., Goslar 17.24 Mk., Meißen 20.— Mk., Heilbronn 53.62 Mk., Bernburg 66.47 Mk., Altona 152.72 Mk., Bbau 31.05 Mk., Harburg 40.02 Mk., Goldberg 37.26 Mk.

Zuschüsse: Halle 100.— Mk., Walbheim 75.— Mk., Bremen 100.— Mk., Hilbesheim 30.— Mk., Osabrück 50.— Mk., Verden 300.— Mk., Harburg 40.02 Mk., Goldberg 37.26 Mk.

Kranken- und Sterbegeld: 159.60 Mk.

Hamburg, den 10. Februar 1908. S. Otto.

Nordhäuser Kautabakarbeitergenossenschaft

E. G. m. b. H., Nordhausen.

Mittwoch, den 19. Februar, abends 8 Uhr

General-Versammlung

im Lokale Stadt Berlin.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht pro 1907. 2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 3. Verteilung des Reingewinns. 4. Statutenänderung (§§ 5, 22 und 36). 5. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. 6. Ertrag- und Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern. 7. Stellungnahme zum Bauprojekt. 8. Stellungnahme zum Tarife der Vorstandsmitglieder.

Der Aufsichtsrat. J. A. M. Wickeln, Vorsitzender.

J. H. Koopmann, Bremen.

Fernsprecher 3946. Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

Von neuen Einläufen empfehle als sehr preiswert:

Sumatra, Umblatt und Einlage, sehr leicht (Sandblatt) 105 Pfg.; reines Umblatt 140 Pfg. — **Sumatra-Decker**, hell, mittel und dunkel, 140, 150, 160, 170, 200, 230, 250 bis 500 Pfg. — **Vorstenland-Decker**, buffbraun, 170 Pfg., hellfarbig 200, 250, 260 Pfg.; Umblatt, III. Länge Vollblatt, brennt als Decker schneeweiß, 130 Pfg. — **Java-Decker**, dunkel 170 Pfg., hellfarbig 200, 250, 260 Pfg.; Umblatt 100, 120, 130 Pfg.; Umblatt und Einlage, sehr zartblättrig, feinste Qualität und flott am Blatt brennend, 95 und 100 Pfg.; Einlage 85 Pfg. — **Mexiko-Decker**, dunkel 220 Pfg., graubraun 300 Pfg. — **Brasil-Decker** 130, 160, 170 Pfg., brennt schneeweiß; Umblatt 110, 120 Pfg. — **Havanna** 150, 250 Pfg. — **Yara-Cuba** 200 Pfg. — **Domingo** 85, 90, 100, 110 Pfg. — **Carmen** 85, 100, 110 Pfg. — **Losgut** aus nur überfeinsten Originaltabaken, reichlich Umblatt enthaltend, 85 Pfg. — **Paraguay** 85 und 100 Pfg.

Wickelformen

Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde inkl. Holzfuß und Drehbrett, für 10-12 Formen, pro Stück 6.50 Mk. Gummi-Traganth, allerfeinste, helle Ware, pro Pfund 250 Pfg. Zigarrenband, feinste, gelbe Halbseide, 8 Lin., pro 50 Mtr.-Rolle 160 Pfg. Preise per Pfund verzollt. Versand nur unter Nachnahme.

Achtung, Rohtabak!

Spezialofferte in Java u. Vorstenland

Einlage, Umblatt und Deckblatt empfehlen zu folgenden Preisen pro Pfund

0.85, 0.90, 0.95, 1.00, 1.10, 1.20, 1.25, 1.30, 1.40, 1.50, 1.80, 2.00, 2.40, 2.80, 3.00, 3.60 Mk.

Sämtliche Tabake sind äußerst vorteilhaft, gesund und sicher im Brand.

Hengfoss & Maak, Altona-Ottensen

Filiale: Berlin N., Brunnenstrasse 190.

!Roh-Tabake!

und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation kauft man am besten und billigsten bei

L. Cohn & Co., Berlin N. 54

Brunnenstrasse 24

Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branche.

Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.

Jede Fassung stets am Lager.

Soeben erschien unsere neueste Preisliste Nr. 23. Zusendung kostenlos sofort.

Vertreter für Ratibor und Umgehend: Gustav Burmeister, Ratibor, wofelbst sich ein größeres Wickelformenlager (Wickelformenpressen, Band, Etiketten sowie sämtl. Utensilien, die zur Zigarrenfabrikation nötig sind), befindet.

Roh-Tabake!

Ein Versuch genügt, um ständige und billige Einkaufsquelle zu haben. Nichtpassendes tauschen wir anstandslos um, daher ohne Risiko. Preise verstehen sich per Pfund verzollt. Muster gegen Nachnahme; bei grösserem Quantum ab unser Freihafenlager, Brook 8.

Prachtvolle fahle Decken, 1 1/2 Pfund deckend . . . Pfund 5.00 5.25
Helle Decken, 2. und 3. Längen, guter Brand . . . Pfund 2.80 bis 3.50
Mittelfarbige und braune Decken, 1. und 2. Längen . . . Pfund 1.90 bis 2.60
Deckfähige Stückblätter, nur hell . . . Pfund 1.95 bis 2.40
do. do. hell und Mittelfarben . . . Pfund 1.70 bis 2.25

Sumatra, Umblatt, leicht. 1.30 **Domingo**, rein Umbl. 0.90 1.00 1.05
Java, Umblatt, sehr leicht. 1.15 1.25 **Java**, Umblatt u. Einl. 0.90 0.95 1.00
Seedleaf, sehr zart u. leicht 1.20 **Brasil**, Einlage 1.20, Umblatt 1.30
Carmen, rein Umblatt . . . 1.05 **Havanna**, Einlage, leicht 1.95
Maturin, Brasil . . . 1.10 **Losgut**, halb Umblatt . . . 0.85 0.90

!!Konkurrenzlos!!
Mittelfarb., blütenweiss brennende Borneo-Stück-Decke
2. Länge 1.25 — 1. Länge 1.40.

L. Adler & Co., Hamburg, Vereinsstr. 34.

Brinkmeier & Co., Bremen.

En gros Roh-Tabak En detail.

Offertieren in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra à 180, 200, 220, 240, 250, 300, 365, 500 Pfg. — **Java** à 85, 95, 110, 125, 185, 265 Pfg. — **Brasil** à 120, 125, 130, 170, 200 Pfg. — **Carmen** à 90, 95, 100, 110 Pfg. — **Domingo** à 95, 100, 110 Pfg. — **Mexiko** à 160, 250, 400 Pfg. — **Havanna** à 275 Pfg. — **Losgut** à 80, 85 Pfg.

Preise verzollt. Versand nur unter Nachnahme.

Java-Umblatt und Einlage

in blättriger, schöner Ware, feinste helle und mittelfarbige Sumatra-Decker, Carmen- und Domingo-Umblatt, wie bestes, loses Gut, aus nur gefunden, überfeinsten Tabaken zusammengestellt, offeriert billigst

Heinr. Carl Rese jr., Bremen.

Geräte für die Fabrikation

als:

Wickelformen, Formenpressen, Ristenpressen, Arbeitstische, Schemel, Sortierstiften, Stiften für Wickelmacher, Wickelpressen etc.

Rollbretter, Ia.-Ware, rotbuch 1.50 Mk., weißbuch 2 Mk. unverwundlich!

Echt amerik. Kopfholtz-Bretter mit Eisenbolzen — Unerreicht in Haltbarkeit! — per Stück 5.50 Mk., 10 Stück 53 Mk.

Arbeitsmesser, prima Stahl per Stück 25 Mk., 10 Stück 2 Mk.

Hamburg-Arbeitsmesser zu gleichen Preisen.

Trockenöfen zu 2 Mille 40 Mk. zu 3 Mille 55 Mk.

P. S. Sämtliche Geräte sind nur aus bestem Material hergestellt, worauf ich ganz besonders aufmerksam mache.

W. Hermann Müller, Berlin

Magazinstrasse 14.

Roh-Tabak.

Sumatra-Decke, hell, 200, 280, 300, 325, 350, 375, 425, 500, 550, 600, fahl, mittel 225, 275, 300, 350, 425 Mk., dunkel 225, 275, 300, 350 Mk.
Vorstenland-Decke 160, 200, 225, 250 Mk.
Java 90, 95, 100, 105, 120, 130, 135, 140 Mk.
Brasil 105, 125, 130, 135, 150, 200 Mk.
Carmen, Domingo 95, 100, 110, 120, 130 Mk.
Mexiko-Decke ff. 300, 450 Mk.
Pa. Losgut 85 Mk. netto, Paraguay 90 Mk. inländische Tabake 75, 85 Mk.

Preise per Kasse mit 3 Proz. Rabatt. Versand unter Nachnahme.

Bedarfs-Artikel

Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte, viele Fassons am Lager. Pressen zu 10 Formen nur 8, 10 u. 16 Mk., mit Rad 19 Mk., ganz Eisen 26 Mk., Prosskasten zu 600 Zigarren nur 4.50 Mk., zu 1000 Zigarren nur 5.75 Mk.
Rollbretter 175, 200 Mk., Strohholz 300, 350 Mk.
Bündelböcke, verstellb., nur 1.25 u. 2.25 Mk.
Arbeitsmesser 20 u. 30 Mk., 35 Mk. Hamburger. Lack 30 Mk., 8 Stangen.
Papier, blau, 40 Bogen pro Pfund, 20 Mk. Band 50 Meter von 70 Mk. an.
Ringe ff. nur 20, 25 Mk., mit Porträt 45 Mk.
Etiketten von 40 bis 100 Stück an.
Gummi-Traganth nur 175, 225, 250 Mk. pr. Pfd.
Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Schragen, Siebe etc. stets am Lager.

Preise per Kasse ohne Abzug.

S. Hammerstein Filiale

Vertreter: Gustav Boy

Berlin N., Brunnenstr. 183.

Heinrich Franck

Berlin N., Brunnenstr. 185.

Gegründet 1879.

Java-Umblatt 145 Pfg.

Nr. 1399, sehr leicht, hell, grossblättrig. Geschn. Einlage 110-140 Pfg.

Sumatra Nr. 1375 — 3 Mk. verz. ganz hell und reinfarbig, Vollblatt.

Sämtl. Utensilien, gebr. Formen. Illust. Katalog gratis u. franco.

Carl Roland, Berlin SO.

Rottbuser Straße 4.

Gegründet 1871. Gegründet 1871.

Nr. 769, Decke zum Verzehrtrollen, 150 Mk. **Vorstenland**, hellbraun, 1. Länge, 2.60 Mk. **Sumatra-Tabake** von 2 bis 5 Mk. Alle anderen Tabake billigst. Nur streng reelle Bedienung.

Vergessen Sie es nicht!

Lehmann & Assmy
Tuchfabrik, Spremberg 72
verkauften direkt ab Fabrik Anzug, Paletot, Joppen-Hosen- und Westen-Stoffe jedes Mass an Private zu unerreicht billigen Preisen.
Muster an jedermann frei.

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstraße 14.

Nr. 5927

Märker, lose Blätter

leicht, wollig, Pfund 73 Pfg.

Nr. 6049

Mexiko-Einlage

leicht, würzig

Pfund 1,25 Mk. verzollt.

Männerkrank-

heiten und Nervenschwäche, deren inniger Zusammenhang, Verhütung und radikale Heilung von Spezialarzt Dr. med. Rumler. Preisgekröntes, nach neuen Gesichtspunkten bearbeitetes Werk. Wirklich brauchbarer, äusserst lehrreicher Ratgeber und bester Wegweiser zur Verhütung und Heilung von Gehirn- und Rückenmarks-Erschöpfung, Geschlechtsnerven-Zerrüttung, Folgen nervenruinierender Leidenschaften und Exzesse und allen sonstigen geheimen Leiden. Für jeden Mann, ob jung oder alt, ob noch gesund oder schon erkrankt, ist das Lesen dieses Buches nach fachmännischen Urteilen von geradezu unschätzbarem gesundheitlichen Nutzen! Für 1.60 Mk. Briefmarken franko zu beziehen von Dr. med. Rumler, Genf 882 (Schweiz).

Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Ältestes Rohabakgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.

Sumatra- und Java-Decken 2.00, 2.25, 2.50 Mk., hell 2.60, 2.80, 3.00, 3.20, 3.40, 3.60, 3.80, 4.00, 4.60 Mk. — **Java** 0.92, 0.95, 0.98, 1.05, 1.10, 1.25, 1.35, 1.40, 1.46 Mk. — **Domingo** und **Carmen** 0.98, 1.00, 1.05, 1.20, 1.30 Mk. — **Mexiko** 2.50, 3.00, 3.50 Mk. — **Havanna** 3.60 Mk. — **Felix** 1.00, 1.10, 1.15, 1.20, 1.25, 1.30, 1.50 Mk. — **Decke** 1.80 Mk. — **Losgut**, blattig und gesund, 0.90 Mk. — **Uckermärker** 0.75, 0.78, 0.84, 0.88 Mk. — **Rebuts** 0.86, 0.88 Mk. (Umblatt). — **Holländer Umblatt** 0.88 Mk.

Distont gewährt 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme.

Bruno Eickhoff, Rohabak, Bremen.

Preisliste! Preise verzollt per Pfund gegen Cassa. Preisliste!

Sumatra-Decker, III. Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Delt . . 170 Pfg.
do. II. Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Delt . . 180 "
do. III. Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, edler Delt 220 "
do. III. Vollbl.-Länge, hell, Ia. Ia. Brand, edler Delt . . 250 "
do. I. Stückbl.-Länge, hell, Ia. Ia. Brand, edler Delt . . 280 "
do. II. Vollbl.-Länge, hellfarbig, Ia. Ia. Brand, hochfein . . 320 "
do. II. Vollbl.-Länge, hellfarbig, Ia. Ia. Brand, hochfein . . 350 "
do. II. Vollbl.-Länge, hellfarbig, Ia. Ia. Brand, hochfein 400-700 "

Sumatra-Umblatt, leicht und hochedel, 115-130 Pfg. **Vorstenland-Decker**, fahl, Ia. Ia. Brand, 220 Pfg., Ertrag für hellen Sumatra, Ia. Ia. Brand 260 bis 300 Pfg. **Java-Umblatt**, flott brennend, 120-140 Pfg. **Java-Einlage** mit Umblatt 80-100 Pfg. **Mexiko-Decker**, hochfeinster St. Andre's, 4 Pfd. bedend, 450-500 Pfg. **Havanna-Decker**, hochfein, 450-600 Pfg. **Havanna-Umblatt** und **Einlage** 250 Pfg. **Seedleaf**, feinstes Umblatt, 90-120 Pfg. **St. Felix-Brasil-Einlage** 100-120 Pfg. **St. Felix-Brasil-Umblatt** 120-140 Pfg. **St. Felix-Brasil-Decker** 150-200 Pfg. **Domingo** FF 90-100 Pfg., F 85-95 Pfg. **Carmen**, reines Umblatt, 90-100 Pfg. **Losgut** nur aus gemischten originalen amerikanischen Tabaken 80-90 Pfg.

Preise verzollt per Pfund Cassa.

Ziel bei längerer Geschäftsverbindung oder nach Aufgabe guter Referenten nach Uebereinkunft. — Bei größeren Abchlüssen (Preise nach Wunsch verzollt oder unverzollt) stehe mit Spezial-Offerten zu Diensten! Zum Beispiel offeriere einen Bollen Domingo F à 35 Pfg., FF à 43 Pfg. per Pfund unverzollt bei Abnahme größerer Posten. Proben nur gegen Nachnahme! Umtausch garantiert!

Bruno Eickhoff, Rohabak, Bremen.

Roh-Tabake!

Empfehle besonders nach jetzigen Verhältnissen sehr billig:

Sumatra-Decker à 200, 210, 220, 225, 245, 260, 300 Mk. — **Carmen-Umblatt** à 85, 90, 100 Mk. — **Seedleaf** à 95, 100 Mk. — **Java**, Einlage mit Umblatt, à 85, 95, 100 Mk. — **Brasil**, Einlage mit Umblatt, à 120, 130 Mk., Decker à 180 Mk. — **Mexiko** à 220 Mk. — **Amerik. Losgut** (Carmen, Seedleaf, Java, Domingo) à 80, 85 Mk., aufarbeiten ohne extra Umblatt, sowie alle übrigen Tabake zu ähnlichen Preisen. — Preise inklusive Zoll.

F. Reil, Bremen, Weizenkampstr. 187.

Veränders Reise-Romane

Grösste Auswahl.

Prachtbände 1.50 Mk., Porto 30 Pfg. Zu beziehen durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Str.

Goethe, Faust

1. und 2. Teil, illust. Elzevir-Ausgabe.

Preis nur 1.20 Mk.

Freidenker-Schriften.

Gott und Teufel im XX. Jahrhundert.

Von Julius Federer.

Preis in Umschlag 20 Pfg.

Die Ehe, wie sie war, ist und sein wird. 30 Pfg.

Der Mensch und seine Götter. 20 Pfg.

Ist Rabbi Jeschua (Jesus Christus) Gottes Sohn? 20 Pfg.

Der Antichrist. Freidenker-Kalender für 1908. 30 Pfg.

Gedankenperlen aus den Werken hervorragender Geister. 10 Pfg.

Freie Lieder. Dichtungen des freireligiösen Predigers Salzer. 10 Pfg.

Kampflieder aus den Anfängen der freireligiösen Bewegung. 10 Pfg.

Für Porto sind pro Bändchen 5 Pfg. beizufügen.

Briefmarken werden angenommen.

Zu beziehen durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauch. Str. 19/21.

Div. Wickelformen

Pressen, Drehstiften, Arbeitstisch etc. preiswert zu verkaufen.

Fuchs, Stedten (Mansfelder - Kreis).

Reelles Heiratsgesuch!

Inhaber eines ausgehenden Zigarren-Fabrikationsgeschäfts, Jungcel, Ende 20er, wünscht Bekanntschaft einer charakterhaft witzig- od. Zigarrenmacherin zu machen zwecks bald. Heirat. Reflekt. im Alt. v. 20-30 J., mittelgr., geschäftstüchtig, wollen ihre Adresse nebst Photographie und Angabe d. näch. Wohnort unter Chiffre Zukunfts S. S. 100 bis 25/2. an d. Exped. d. Blattes einleiten.

Briefkasten.

D. F., Stedten 1.25 Mk. — F. Ed.,

Wewenfen 60 Pfg. — Kollegen, Goch

90 Pfg. — W. S., Rindland 1.40 Mk.

Gewerkschaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Spence. Die Differenzen bei der Firma Teschmacher u. Komp. in Spence, Gunnebrock und Dettinghausen, die schon in der Spenger Filialfabrik zur Arbeitseinstellung geführt hatten, sind zur Zufriedenheit der Arbeiter beigelegt worden. Die Arbeit wurde am 10. Februar aufgenommen.

Kreuzburg. Bei der Firma Albrecht u. Schmidt, Sitz Hamburg, sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma maßregelt fünf Arbeiter.

Minden i. Westf. Bei der Firma F. S. Ziegenbein in Minden, Besenkamp und Giddenhäusen dauert der Streik fort.

Goslar a. S. Die Firma Louis Hoppe entließ alle Arbeiter, um nachdem einige wieder einzustellen. Es ist dies eine bei Hoppe bekannte Schrulle, die er da in Anwendung bringt, um sich der Verbandsmitglieder zu entledigen und damit einen kompletten Lohnabzug besser bewerkstelligen zu können, was durch Inbetriebstellung von Kollermaschinen vorbereitet wird. Es ist deshalb die Sperre über den Betrieb verhängt und darf kein Mitglied dort in Arbeit treten.

In Seehausen (Altmark) hat der Fabrikant Siebert auf Vorkündigung seines Arbeiters eine Lohnzulage von 50 Pfg. auf zwei Sorten bewilligt. Da die Arbeitsverhältnisse außerdem viel zu wünschen übrig lassen, ist die Lohnzulage ohnehin zu gering. Mit der Bewilligung aber ging denn noch eine Maßregelung einher, indem der betreffende Kollege entlassen wurde. Daher ist über vorstehenden Betrieb die Sperre verhängt und warnen wir die Kollegen vor Arbeitsannahme.

Neumarkt. Ueber die Firma Birke ist die Sperre verhängt worden.

Kollegen, meidet alle Betriebe, in welchen Differenzen bestehen.

Bernau. Die Firma Paul Kühne in Bernau erhobte die Löhne pro Mille um 50 Pfg. bei allen Sorten, ohne daß erst die Arbeiter vorstellig zu werden brauchten.

Grabow i. M. Die Firmen Wilh. Bernick und Geinr. Henning erhöhten die Löhne um 25 bis 75 Pfg. pro Mille, so daß nun ein Minimallohn von 8.50 Mk. pro Mille existiert.

Altona a. E. Die Firma Wilh. Galfen erhöhte den Lohn bei 5 Sorten Formarbeit um 1.50 Mk., so daß der Minimallohn nunmehr 13.50 Mk. beträgt. Für Handarbeit beträgt der Minimallohn pro Mille 16 Mk.

Der Zusammenbruch. Die Einigkeit, das Organ der Lokallisten, lebt noch in guter Hoffnung auf die Wiedergeburt der Quertreiberorganisationen. Diesen Renommistereien gegenüber stellt der Vorwärts fest: „Dem allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband (Wiesenthal-Verband) stützt das Haus über dem Kopfe zusammen. Der Redakteur Schönheim des Deutschen Metallarbeiter und der Kassierer Wiesner sind von dem Vorsitzenden kurzerhand ihrer Posten enthoben worden, und die größte der bei der Freien Vereinigung verbliebenen Organisationen ist einfach zerstört. Wahrscheinlich werden die etwa 2000 Berliner Kohrleger sich als selbständiger Verein organisieren, dann bleiben von den bisher 3000 Metallarbeitern noch 500 in Berlin domizilierende und 500 in ganz Deutschland verstreute als Mitglieder der Freien Vereinigung übrig. Die Last, die Kosten für die anarcho-sozialistisch-syndikalistischen Katerideen zu tragen, fällt dann völlig auf die 600 Mann starken Töpfer. Denn die zerstückelte Metallarbeiterorganisation ist leistungsunfähig. Müßte diese doch selbst zur Zeit ihrer Blüte gemacht werden, den noch schuldigen Rest von über 10 000 Mk. am Unterstützungsbeiträgen für die ausgesperrten Berliner Bauarbeiter zu zahlen. Auf derselben Höhe finanzieller Leistungsunfähigkeit stehen die andern Mitglieder- und Vermögens- („freien“) Vereinigungen. Die 20 Mann starken Dachdecker in Berningerode bekundeten ihre Solidarität durch die Zahlung von 110 Mk., die ebenso „starke“ Fabrikarbeiter in Düsseldorf machten es genau so. Die 50 Mann starke „Föderation der Arbeit“ in Köln zog aus ihrer größeren Stärke auch die höhere Berechtigung, 344 Mk. schuldig zu bleiben. Die Berliner Tapezierer mußten sich um 500 Mk. mahnen lassen; die 500 Tischler, in ganz Deutschland natürlich, um fünfmal so viel, um 2558 Mk. Statt 4000 Mk., wozu sie verpflichtet waren, langte ihre laut betonte Solidarität nur zu 1442 Mk. Die 400 Weber am Niederrhein machten sogar ebensoviel Schulden wie die 500 Tischler. Die 500 Berliner Hausdiener zahlten statt der schuldigen 4000 Mk. sage und schreibe einhundert! Die Solidarität der Mannheimer Vereinigung sämtlicher Arbeiter und der Gemeindearbeiter Nürnbergs war gleich Null — sie zahlte gar nichts! Statt insgesamt 72 738 Mk. zahlten alle Organisationen nur 40 740.15 Mk. Und das in einem Kampfe wie der der Berliner Bauarbeiter! Ihre volle Pflicht erfüllten nur die 600 Töpfer und die 60 Berliner Zinkgießer. Das sind die Mannschaften, die den jetzigen Bestand der Freien Vereinigung bilden.“

Protestbewegung im 9. Gau (Baden und Elsaß).

Weitere Versammlungen fanden statt in Schutterzell und Schutterzell; am 2. Februar in Karlsruhe, am 9. in Rheingenen und Kenzingen, wo Ab. Geising referierte. Ferner in Appenweier und Urloffen, wo Georg Durban-Neufreistadt referierte. Sämtliche Versammlungen, mit Ausnahme von Appenweier, er-

freuten sich eines starken Besuchs. Scharfe Protestresolutionen gelangten überall einstimmig zur Annahme, in welchen auch eine Mißbilligung gegen den badischen Finanzminister Gonfell bezüglich seiner Befürwortung der Mehrbelastung des Tabaks und Tabakfabrikate zum Ausdruck kam.

Berichte.

Berlin. Hier tagte eine vom Deutschen Zigarrenhändler-Bunde einberufene, überfüllte Versammlung, die zur Frage der geplanten Bänderolesteuer auf Rauch-, Kau- und Schnupftabake Stellung nahm. Der Reichstagsabgeordnete Böhle, der von Beruf Zigarrenhändler ist, ging in über einstündiger Vortrage näher auf die zur Verhandlung stehende Materie ein. Nachdem in der Budgetkommission wiederum einige hundert Millionen Ausgaben bewilligt seien, trete nun natürlich für die Regierung die Deckungsfrage in den Vordergrund. In erster Linie solle da der Tabak herhalten. (Stürmischer Protest.) Es sei aber nicht möglich, diese geplante Steuer durchzuführen, ohne Tausende von Existenzen, Arbeiter, Händler usw. wirtschaftlich zu vernichten. Um diese 49½ Millionen Reingewinn, die man sich aus der Steuer verspreche, zu erzielen, wolle die Regierung über Leichen gehen. (Stürmischer Beifall.) Es müsse daher alles aufgegeben werden, um die abermalige Belastung der wirtschaftlich ohnehin so schwachen Schultern zu verhindern. Die Schaffung einer strengen Organisation sei daher unumgänglich. (Ranganhaltender Beifall.) Die schlagenden Argumente des Redners machten auf die Versammlung ersichtlich einen tiefen Eindruck. Auch die Debatte gestaltete sich außerordentlich anregend. Alle Redner sprachen sich, in teilweise sehr scharfer Form, gegen die geplante Steuer aus. Zum Schluß ergang eine Protestresolution an die Adresse des Reichstags einstimmig zur Annahme.

Brieg. Am 2. Februar fand hier selbst eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal; 2. Neuwahl der Ortsverwaltung; 3. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde vom Kassierer verlesen; es ergab sich eine Einnahme von 782.12 Mk. und eine Ausgabe von 679.57 Mk., somit bleibt ein Bestand von 102.55 Mk. Die Lokalkasse weist eine Einnahme von 135.82 Mk. und eine Ausgabe von 64.90 Mk. auf, so daß ein Bestand von 70.92 Mk. bleibt. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Hierauf wurde die Neuwahl vorgenommen. Es wurden gewählt: Oswald Kliech als erster, Karl Pahnner als zweiter und Wilhelm Schneider als dritter Bevollmächtigter; Gottfried Pfeiffer, Bertia Otremba und Martha Reimann als Kontrolleure. Unter Verschiedenem gibt der Kassierer bekannt, daß die Arbeitslosenunterstützung an Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und die Krankenunterstützung Sonntags von 12—2 Uhr ausgezahlt wird. Dies wird den Kollegen und Kolleginnen einer besonderen Beachtung empfohlen. Aus der Mitte der Versammlung wurde angeregt, für die drei Tage Krankengeld, welche in Wegfall kommen, wenigstens eine Kleinigkeit aus der Lokalkasse zu bewilligen. Nach sehr reger Debatte wurde für die ersten drei Tage 50 Pfg. bewilligt, jedoch vorläufig nur bis zum 1. April 1908. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden, treu zum Verbands zu halten; ein jeder müsse sich Mühe geben, neue Mitglieder zu gewinnen.

Bremen. Eine ziemlich gut besuchte Protestversammlung gegen die geplante Tabaksteuer war am 4. Februar nach dem Lokale des Herrn S. Puls-Odeon einberufen. Das Referat hatte der Verbandssekretär S. Gherle übernommen. In einem einstündigen Vortrage legte er den Anwesenden klar, in welche erbärmliche Lage die Tabakarbeiter durch eine erneute Belastung des Tabaks von der Reichsregierung geführt würden. Lohnabzüge und Arbeitslosigkeit werden die Folge sein. Redner fordert zum Schluß seines Referats, daß alle Tabakarbeiter, Interessenten und Konsumenten energisch gegen die geplante Steuer protestieren. Eine Protestresolution fand einstimmige Annahme.

Bremerhaven. Gegen die Zigarrenbänderolesteuer fand hier eine stark besuchte Versammlung der am Tabak- und Zigarrenhandel interessierten Firmen- und Geschäftsinhaber statt. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der gegen die geplante Einführung einer Zigarrenbänderolesteuer, wie überhaupt gegen jede Neubelastung des Tabaks protestiert wird, mit Rücksicht auf die dadurch sich ergebende Gefährdung zahlreicher wirtschaftlicher Existenzen.

Burgbamm. Um auch hier der allgemeinen Entrüstung über die geplante Mehrbelastung des Tabaks durch neue Steuern Ausdruck zu geben, fand am 1. Februar im Mehrzweck Lokale in Burgbamm eine öffentliche Protestversammlung statt. In äußerst scharfer Weise kritisierte in einem 1½stündigen Vortrage Gauleiter Blome (Bremen) das Gebahren der Reichsregierung, durch immer neue Steuern die Tabakindustrie zu beunruhigen. In diesem Jahre kommt die Regierung wieder mit einer neuen Steuer, und zwar der Bänderolesteuer auf Zigarren. Sollte nun dieses verderbliche Gesetz zustande kommen, so würden die Zigarren der Steuer entsprechend verteuert und die Folge würde sein, daß wiederum eine große Anzahl der Tabakarbeiter brotlos werde. Darum sei es notwendig, mit aller Energie den Kampf zu führen, um zu verhindern, daß eine solche unheilvolle Steuer Gesetz werde. Starker Beifall wurde dem Referenten für seine Ausführungen zuteil; eine Protestresolution fand einstimmige Annahme. Die Versammlung richtete an den Reichstagsabgeordneten des 18. hannoverschen Wahlkreises das Ersuchen, gegen jede Steuer, welcher Art dieselbe auch sei, die eine Belastung des Volkes in sich birgt, zu stimmen.

Dresden. Protestversammlung gegen die geplante Zigarrenbänderolesteuer. Am 1. Februar fand in den Saxoniasälen eine zahlreich besuchte Protestversammlung gegen die geplante Zigarrenbänderolesteuer statt. Das Referat hierzu hatte Genosse Ernst Schuler-Coffeubaude übernommen. Redner schilderte in großen Zügen das ganze System der indirekten Steuern, dessen Folge eine kolossale Steigerung der Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel der großen Masse sei. Seit Bismarck kenne man kein besseres Mittel, dem chronischen Reichsballe aufzuhelfen, als das eine: „den Tabak mehr bluten zu lassen“. Schon jetzt trage die gesamte Tabakindustrie mit der Zigarettenbänderolesteuer eine Last von jährlich 93 Millionen Mark. Diese ungeheure Summe soll durch die geplante Zigarrenbänderolesteuer um weitere 40—45 Millionen Mark erhöht werden. Wenn schon die Steuererhöhung von 1878 mit einem Schlage 15 000 Tabakarbeiter brotlos machte, so würde dieses Projekt bei seiner Annahme mindestens 35 000—40 000 Arbeiter auf die Straße werfen. Die Tausende von Kleinfabrikanten und kapitalschwachen Händlern wären unrettbar verloren, und ihre Vernichtung müßte dazu dienen, der Einführung des Monopols die Wege zu ebnen. Die gesamte Industrie müßte vereint mit den Konsumenten energischen Protest gegen solche verderblichen Steuerpläne erheben. Redner ermahnt die Arbeiter, sich den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, um hier den Kampf gegen das ganze System der indirekten Steuern zu

führen. Stürmischer Beifall wurde dem Referenten am Schluß seiner Ausführungen zuteil. In der Debatte ergänzte Kollege Schmidt die Ausführungen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von der Reichsregierung geplanten neuen Tabaksteuerentwürfe, wie überhaupt gegen jede Mehrbelastung des Tabaks und verurteilt aufs schärfste die fortgesetzte Beunruhigung der Industrie durch neue Steuerprojekte. Eine weitere Erhöhung der Tabaksteuer, die in jeder Form eine Verteuerung dieses Genußmittels unzweifelhaft herbeiführen müßte, würde eine Herabdrückung des Konsums zur Folge haben und brächte daher für die in der Tabakindustrie und deren Nebengewerben Beschäftigten Arbeitslosigkeit und unberechenbare Lohnabzüge. Die Arbeiter der Tabakindustrie, unter denen sich viele Tausende von Krüppeln und Kranken befinden, die außerstande wären, sich in einer andern Industrie zu ernähren, gehören heute schon zu den erbärmlichsten gestellten Arbeiterkategorien und würden durch vermehrte Arbeitslosigkeit und dadurch verursachte Lohnverschlechterung zum Hungern verurteilt sein. Die Versammlung protestieren aus diesem Grunde, und auch, weil sie als Konsumenten nicht gewillt sind, sich den Genuß des Tabaks verteuern zu lassen, auf das lebhafteste gegen jede weitere Besteuerung des Tabaks. Die Versammelten richten daher an den Vertreter des Wahlkreises im Reichstag das dringende Ersuchen, die jetzt schon übermäßig hoch belastete Tabakindustrie nicht noch mehr zu belasten und gegen jede neue Tabaksteuerborlage zu stimmen.“ Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, für einen zahlreichen Besuch der am 22. Februar im Trianon stattfindenden Protestversammlung, zu der der Vertreter des 5. Kreises, Herr Dr. Heinze, eingeladen wird, zu sorgen.

Schwège. Hier fand im Lokale Holzappel eine von den organisierten Tabakarbeitern einberufene öffentliche Volksversammlung statt, die sich mit der in Aussicht stehenden Zigarrenbänderolesteuer beschäftigte. Als Referent war Kollege Hufung aus Nordhausen erschienen. Der Versammlungsleiter, Kollege S. Neufuß, gab vor Eintritt in die Tagesordnung bekannt, daß der Reichstagsabgeordnete Raab zu der Versammlung eingeladen sei, um seine Stellung zur Tabaksteuer zu präzisieren. Herr Raab hat folgendermaßen geantwortet:

Herr Herr Neufuß! Zu Ihrer Versammlung kann ich freilich nicht kommen. Doch meine Stellung zur geplanten Steuer ist wohl bekannt genug, ich lehne sie natürlich ab. Ich glaube auch nicht, daß die Steuer irgendwelche Aussicht habe, und sehe zu einer wirklichen Beunruhigung keinen genügenden Grund. Mit freundlichem Gruß!

Friedrich Raab.

Neufuß erwiderte dazu, daß es abzuwarten sein wird, ob Herr Raab Wort halten kann. Danach nahm Kollege Hufung das Wort, um in sachlicher Weise die Tabaksteuerfrage zu besprechen. Heider Beifall folgte dem interessanten Referat. Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, den 20. Januar, im Saale des Herrn G. Holzappel, tagende öffentliche Versammlung nimmt von der geplanten Besteuerung der Zigarren seitens der Reichsregierung Kenntnis und bedauert, daß die deutsche Reichsregierung abermals eine Beunruhigung in der Tabakindustrie herbeiführt. Die Versammlung konstatiert, daß mit der Vermittlung der dem Bundesrat zugegangenen Gesetzesvorlage die in der Tabakindustrie Beschäftigten einen unausbleiblichen Nachteil erleiden, weil Arbeitslosigkeit, Not und Elend die Folgen der Regierungsmaßnahmen sein werden. In Erwägung dieser Tatsachen protestieren die heute Versammelten ganz energisch gegen eine neue Belastung des Tabaks und ersuchen die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands in Berlin, alle gangbaren Wege zu suchen, um die drohenden Gefahren von den deutschen Tabakarbeitern fernzuhalten.“

Frankenber. Mitgliederversammlung am Montag, den 20. Januar, im Stabtpark. Tagesordnung: 1. Bericht der Verwaltung; 2. Wahl derselben; 3. Kartellbericht; 4. Wahl der Delegierten; 5. Verschiedenes. Den Jahresbericht gab der Kollege Lehmann. Derselbe wies darauf hin, daß in Zukunft die Mitglieder die Versammlungen besser besuchen sollten als bisher. Außerdem konnte er aber mit Befriedigung konstatieren, daß trotz der Zahlung der Extrabeiträge die Mitgliederzahl nicht zurückgegangen sei. Kollege Raundorf gab alsdann den Kassierenbericht für das 3. Quartal 07; der Kollege Köhler den der Lokalkasse. Weiden Kassieren wurde Entlastung erteilt. Alsdann gab Kollege Schiller den Kartellbericht, welcher mit Befriedigung entgegengenommen wurde. In die Verwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: G. Lehmann als 1. Bevollmächtigter, Max Köhler als 2. Bevollmächtigter, W. Weber als 3. Bevollmächtigter. Als Revisoren Frau Raben, R. Fischer und Joh. Finke. Als Delegierte zum Gewerkschaftskartell wurden gewählt: Hermann Fischer, Joh. Finke, Dehnert, Schiller, Gnaud und Racurow. Unter Verschiedenem wurde ein Antrag Lehmann angenommen, welcher besagt, vierteljährlich eine Liste zirkulieren zu lassen zur Stärkung der Lokalkasse. Begründet wurde der Antrag damit, daß die monatlichen Beiträge nicht ausreichen zur Deckung der Ausgaben der Lokalkasse. Ferner wurde beschlossen, unser diesjähriges Vergnügen Ende Februar oder Anfang März abzuhalten. Eine Kommission, welche das übrige zu besorgen hat, wurde gewählt. Das Vergnügen findet am 8. März im Schützenhaus statt.

Goslar. Wie wir in unserer Nr. 6 schon berichteten, hat die Firma Hoppe-Goslar am 4. Februar „ihre“ sämtlichen Arbeiter entlassen. Gründe wurden den Arbeitern nicht mitgeteilt. Dieses Vorkommnis kam den Arbeitern nicht unerwartet; hat es doch Hoppe schon seit Dezember 07 durch allerlei Manipulationen versucht, die Arbeiter zu probozieren, welches Vorhaben aber an der Besonnenheit der Arbeiter scheiterte. Zuerst brachte es be-rechtigte Empörung unter die Arbeiter, daß 11 ihrer Mitarbeiter am Weihnachtsabend die Kündigung erhielten, und als diese Tat den gewünschten Erfolg nicht hatte, erklärte Hoppe den nach Weihnachten noch in der Fabrik verbliebenen verheirateten Kollegen, ihre Frauen müßten in Zukunft mit Rollen, welchem Wunsch auch die Kollegen entsprechen wollten, müßten sie doch zu gut, daß Hoppe sie nur probozieren wollte. Da auch diese Probokation keinen Erfolg hatte, verlangte er von sämtlichen Arbeitern, sie sollten einen Revers unterschreiben, daß in seinem Betriebe vom 1. Februar 1908 keine Kündigung mehr existiere. Nun kam die schönste Handlungsweise. Nachdem die Arbeiter unterschrieben hatten und die Frist verstrichen war, wurde am 3. Februar sämtlichen Arbeitern erklärt, sie müßten am 7. Februar aufhören. Durch diesen Akt wurden sofort 30 Arbeiter, resp. Arbeiterinnen brotlos.

Wenn man auch Hoppe manches zutraute, so hatte man doch nicht geglaubt, daß er solche durch nichts begründete Aussperrung vornehmen würde. Drei Monate vorher hatte er noch Leute aus andern Orten hergelockt, mit dem Versprechen, sie hätten bei ihm dauernde Arbeit. In der am Sonntag stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde das Gebahren Hoppes scharf getadelt, unser Gauleiter Burgald-Braunschweig ging scharf mit Herrn Hoppe ins Gericht. Hoppe sucht durch Inserate in Arbeiterblättern seine Waren umzusetzen, andererseits setzt er seine Ar-

beiter in rüchtiqstloster Art und Weise auf das Straßenpflaster. Aufgabe der organisierten Arbeiterchaft Deutschlands muß es sein, auf die Fabrikate des Herrn Hoppe zu verzichten, solange er sich nicht daran gewöhnen kann, „seine“ Arbeiter gut zu behandeln und zu bezahlen. Zahl doch Hoppe auf seiner Filiale in Altenau im Harz noch 6 Mt. Lohn, ohne freie Zurihtung und irrlussive Widel. Wie er seine Arbeiter an seinen Betrieb zu fesseln sucht, beweist folgender Lehrvertrag:

Lehrvertrag zwischen dem Herrn Carl Wethe zu Altenau und dem Fabrikanten Louis Hoppe zu Goslar, Osterstraße.

Am heutigen Tage ist zwischen Carl Wethe, 45 Jahre alt, am 9. Mai 1861 zu Altenau geboren, lutherischer Religion, und dem Fabrikanten Herrn L. Hoppe zu Goslar folgender Vertrag abgeschlossen worden:

§ 1. Der Lehrherr verpflichtet sich, den Lehrling in Gemäßheit des betr. Paragraphen der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich in dem Zigarrenmachergewerbe auszubilden.

§ 2. Die Lehrzeit wird auf fünf nacheinanderfolgende Jahre, und zwar vom 2. 4. 07 bis zum 2. 4. 1912 festgesetzt.

Die Probezeit beträgt 4 Wochen vom Beginn der Lehrzeit an.

§ 3. Die Lohnsätze werden von dem Lehrherrn bestimmt. Es wird im Accord gearbeitet, so daß sich die Höhe des Lohnes nach der Leistung und dem Fleiß des Betreffenden richtet.

§ 4. Gibt der Lehrling während der Lehrzeit dem Lehrherrn Veranlassung, ihn aus gesetzlichen Gründen zu entlassen, so ist dieser Vertrag aufgehoben. Dasselbe gilt, wenn der Lehrling den Lehrling zwingt, durch unerlaubtes Benehmen die Lehre aufzugeben. Durch den Tod des Lehrlings wird der Vertrag ohne weiteres aufgehoben; durch den Tod des Lehrherrn nur, wenn die Aufhebung binnen vier Wochen geltend gemacht wird.

Als Kaution für Kontraktbruch bleibt ein Lohn von zwei Wochen bei der Firma Hoppe stehen, welcher bei ordnungsgemäßem Austritt ausbezahlt wird.

Dieser Vertrag ist zum Zeichen der Genehmigung von beiden Teilen unterschrieben.

Goslar, den 24. Februar 1907.

Der Lehrherr: L. Hoppe. Der Lehrling: Carl Wethe.

Daß es aber Hoppe nur darum zu tun war, seine Arbeiter dem Hunger preiszugeben, beweist folgendes Inserat, welches einen Tag nach der Entlassung sämtlicher Arbeiter in der Goslarischen Zeitung stand:

Arbeiterinnen gesucht!

Zigarrenfabriken Louis Hoppe, Goslar, Osterstr. 18.

Jetzt war es den entlassenen Arbeitern klar, daß Hoppe es nur darauf abgesehen hatte, die männlichen Arbeiter los zu werden und an den neu einzuführenden Zigarrenmaschinen nur Frauen anzulernen. Eine telefonische Anfrage des Gauleiters Burgold am Montag, 10. Februar, ob Hoppe gewillt sei, mit ihm zu verhandeln, beantwortete er damit, daß er nichts zu verhandeln hätte.

Kollegen Deutschlands! Ihr seht daraus, daß Hoppe uns und unsere Familien dem Hunger preisgab, aber an der Solidarität der Arbeiter wird das scheitern. Der Vorstand hat unsere Angelegenheit zur Verbandsache gemacht. Wir bitten aber die Kollegen allerorts, dafür Sorge zu tragen, daß den in Arbeiterblättern empfohlenen Fabrikanten Hoppes die richtige Beachtung geschenkt wird.

Griesheim b. D. Am 2. Februar fand hier eine öffentliche Volksversammlung gegen die von der Reichsregierung geplante Mehrbelastung des Tabaks statt. Das Referat hatte Kollege Landtagsabgeordneter Raab-Bfungsstadt übernommen. Redner schilderte in einem zweistündigen Vortrage, wie die Reichsregierung die durch ihre uferlosen Vorbegehungen für Meer und Marine sowie für ihre Kolonialpolitik immer mehr anschwellenden Ausgaben des Reiches durch Steuern auf Lebensmittel bedeuern will. Die kleinen Kaufleute, die Handwerker würden ruiniert, durch die Vandalensteuer unzählige Arbeiter brotlos. Gegen eine solche Steuer müßten alle Arbeiter protestieren. Eine Protestresolution wurde angenommen und dem Reichstagsabgeordneten Dr. Damm-Darmstadt übermittelt.

Höft. Ueber die Zigarrenvandalensteuer und ihre schädlichen Folgen referierte gestern nachmittags Frau Anaf aus Hanau in einer leider schlecht besuchten Protestversammlung. Rednerin unterzog zunächst unser ganzes indirektes Steuersystem einer eingehenden Kritik. Dann wies sie nach, wie die wiederholten Zoll- und Steuererhöhungen auf den Tabak großen Schaden für die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter zur Folge hatten. Mit der Einführung der Vandalensteuer würden die jetzt schon vorhandenen Mißstände nur noch größer werden. Die kleineren Betriebe würden durch diese Steuer ruiniert. Mit der Aufhebung, entschieden gegen die neue der Tabakindustrie drohende Gefahr zu protestieren, schloß Frau Anaf ihre mit Weifall aufgenommenen Ausführungen. In der Diskussion bedauerte Genosse Krieg, Bauhilfsarbeiter, Frankfurt, die durch den schlechten Besuch gezeigte Interesslosigkeit der Höchster Arbeiterschaft. Herr Fabrikant Raab rügte das Fehlen der Zigarrenhändler, die doch alle zu der Versammlung eingeladen seien. Auch rät er den Konsumenten, sich besser an der Sache zu beteiligen. Denn sie seien doch diejenigen, welche am Schlusse die Kosten der Vandalensteuer zu tragen hätten. Um die Protestbewegung wirkungsvoll zu gestalten, müßten Arbeiter, Fabrikanten, Händler und Konsumenten sich zusammenschließen. Eine Resolution, in der gegen die Einführung der Vandalensteuer protestiert, die heutige Klassenpolitik der Regierung beurteilt und die Einführung einer progressiven Einkommensteuer empfohlen wird, wurde einstimmig angenommen. In ihrem Schlusssatz fordert Genossin Anaf die Anwesenden auf, eine Kommission zu wählen, welche die weitere Agitation gegen diese Steuer leiten und die nötigen Vorbereitungen treffen soll, damit auch Höchst einen Vertreter zu dem Tabakarbeiterkongreß entsenden könne. In diese Kommission wurden die Herren Volkhardt, Ott, Raab, Wenn und Seifrin gewählt.

Jehoe. Am 1. Februar tagte im Franz Leichter'schen Lokale eine Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1907; 2. Kartellbericht; 3. Vorstandswahl; 4. Verschiedenes. Der 2. Bevollmächtigte verlas die Abrechnung, und wurde, nachdem der Revisor berichtet, daß er Bücher und Kasse sowie Belege in bester Ordnung vorgefunden habe, demselben Entlastung erteilt. Der Kartellbericht wurde ohne Debatte entgegengenommen. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege August Diefenborn als 1., Kollege August Nied als 2. und Kollege Karl Wittkowsky als 3. Bevollmächtigter gewählt. Zu Revisoren bestimmte die Versammlung die Kollegen G. Kohns, C. Münster und Karl Voigt. In die Lohnkommission wurden die Kollegen Obenhausen, Diefenborn, Kohns, Kotsch und Nied gewählt. In Punkt Verschiedenes gab der Obmann der Protestkommission bekannt, daß er an den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Götz geschrieben und angefragt hätte, welche Stellung derselbe betreffs der Vandalensteuer einnehme. Die Antwort lautete, daß er dagegen stimmen würde. Ein Ball wurde beschloffen. Verschiedene Kollegen sprachen ihre Verwunderung darüber aus, daß die Mitgliedsbücher bei der Abreise eines Kollegen an den Vorstand gefandt würden; worauf der 2. Bevollmächtigte erwiderte, daß der Vorstand sehr triftige Gründe hierfür hätte.

Jehoe. Eine öffentliche Protestversammlung gegen die Vandalensteuer, in der der Genosse v. Elm-Hamburg das Referat übernommen hatte, fand am 3. Februar in W. Stühmers Etablissement statt. Berichtet sei, daß diese Protestversammlung schon am 27. Januar d. J. stattfinden sollte, aber: Der Mensch denkt und der Herr Holzschief lenkt. Der Einberufer hatte schon die Anmeldebefcheinigung in der Tasche, erhielt aber trotzdem eine Zuschrift, worin — man höre und staune — zu

lesen stand, daß an Kaisers Geburtstag eine solche Versammlung nicht stattfinden könne. Die Kasse, Sicherheit und Ordnung könnte dadurch gestört werden. In der später stattgefundenen Versammlung ging Kollege v. Elm scharf mit diesem Herrn ins Gericht. In zirkel zweistündigem, vorzüglichem Vortrage entledigte sich der Referent seiner Aufgabe und wies an der Hand von statistischem Material nach, daß 50 000 Tabakarbeiter brotlos würden, wenn diese Vorlage Gesetz würde. Tösender Weifall lohnte letzteren für seine vorzüglichen Ausführungen. Eine geharnischte Protestresolution gelangte von der von zirka 600 bis 700 Personen besuchten Versammlung zur Annahme. Hierauf wurde die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Karlsruhe. Am 1. Februar fand in Forst eine gut besuchte Protestversammlung statt; am Sonntag, den 2. Februar, in Oestringen und Langenbrücken. Letztere konnte wegen zu schlechten Besuchs nicht stattfinden. In allen Versammlungen war als Referent Kollege Bauer-Karlsruhe anwesend. Allgemeiner Weifall lohnte den Referenten. Eine Protestresolution wurde angenommen.

Köln a. Rh. Eine öffentliche Tabakarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung, die am 2. Februar im Kölnner Volksaufste stattfand, beschäftigte sich mit der von der Reichsregierung geplanten Vandalensteuervorlage. Die Versammlung stimmte den Ausführungen des Kollegen Wiltz, Herrmann bei und aus der Diskussion ergab sich die einstimmige Annahme folgender Protestresolution: „Die am 2. Februar 1908 in Köln tagende öffentliche Tabakarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung erhebt laut Protest gegen die Mehrbelastung der Tabakindustrie! Begründung: Laut amtlicher Feststellung gehören die in der Tabakindustrie beschäftigten Personen zu den am schlechtesten entlohnten Arbeitern. Jede Mehrbelastung des Tabaks würde ohne Zweifel die Folge haben, daß die ohnehin schon geringen Löhne noch mehr reduziert würden. Der Konsum würde zurückgehen und Arbeiterentlassungen in großer Zahl stattfinden, und infolge des entsetzlichen Mehrangebots von Arbeitskräften würde die Lage der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen noch eine gedrücktere werden. Die Versammlung ersucht deshalb die Volksvertreter im Deutschen Reichstage, jede diesbezügliche Vorlage der Reichsregierung rundweg abzulehnen.“ Die Leitung der Versammlung wird beauftragt, obige Resolution dem Vertreter des Wahlkreises Köln-Stadt, Herrn Justizrat Trimbom, zu übermitteln. Eine Kommission, die zur Veranstaltung weiterer Maßnahmen gewählt wurde, ernannte Ludwig Klein (Gauleiter) als ihren Vorsitzenden.

Schöneck. Hier fand eine Protestversammlung der Tabakarbeiter gegen die geplante Vandalensteuer statt. Die Versammlung war nicht gut besucht. Der Referent, Kollege Lehmann aus Franzenberg, schilderte den Anwesenden mit beredenden Worten die Lage der Tabakarbeiter im allgemeinen. Er wies, durch die Erfahrungen bei der früheren Steuer- und Zollserhöhung auf Tabak gestützt, nach, daß eine neue Steuer auf Tabak oder das fertige Fabrikat unbedingt den Konsum verringern muß. Die Folge davon ist weniger Arbeitsgelegenheit. Was das jedoch für die Tabakarbeiter zu bedeuten hat, kann bloß der ermeffen, der weiß, daß eine große Zahl Tabakarbeiter infolge ihrer schwächlichen Körperkonstitution sich zu schweren Arbeiten nicht verwenden läßt. Um die drohende Steuer abzuwenden, müssen sich die Arbeiter organisieren, damit sie dann als geschlossene Macht Protest gegen die geplante Steuer erheben können. In der Diskussion machte Genosse Störh darauf aufmerksam, daß sich in der Marineausstellung im Schützenhause wohl mehr Arbeiter befinden mögen als in der Versammlung, trotzdem in dieser Aufstellung gerade die bedrohten Tabakarbeiter gewahrt werden müßten, daß der eventuelle Ertrag der für sie so bedeutungsvollen Vandalensteuer für die modernen Mordwaffen verwendet werden soll. Redner weist auch noch darauf hin, daß jede Steuererhöhung des Tabaks einen weiteren Schritt zum Monopol bedeutet. Es müssen durch die Steuererhöhungen erst die kleinen und mittleren Fabrikanten ausgeschlossen werden, dann wird der Staat die paar großen schon übernehmen. Einige weitere Redner machten noch zustimmende Ausführungen und forderten die Anwesenden auf, sich zu organisieren und die Arbeiterpresse zu lesen. Eine Resolution, welche vom Vertreter des Kreises im Reichstage fordert, gegen die Steuer zu stimmen, wurde einstimmig angenommen. — Der Abgeordnete Günther-Flauen hat sich in einem vom 14. Januar datierten Brief gegen jede Form einer höheren Besteuerung des Tabaks ausgesprochen.

Seesen a. S. Gegen die Vandalensteuer auf Zigarren usw. fand hier am 25. Januar eine von mehr als 300 Personen besuchte Protestversammlung statt. Die Versammlung war unter Mitwirkung von seiten der Herren Fabrikanten zutande gekommen und tagte dieselbe auch unter dem Vorsitz des Herrn Fabrikanten Meyer. Das Referat hatte der Kollege Tiedemann aus Bremen übernommen. Die Herren Fabrikanten hatten sich dafür verwendet, den größten Saal zur Abhaltung der Versammlung zu erhalten, und sich ferner bemüht, den Vertreter des Kreises im Reichstage, den Herrn Kurt von Damm, zu dieser für Seesen wichtigen Versammlung der Interessenten einzuladen. Wer nicht erschien, war der Herr Reichstagsabgeordnete. Der Fabrikant Steinhauer verlas ein Antwortschreiben mit der üblichen freundlichen Entschuldigung und der trockenen Mitteilung, „dem Reichstage liege bis jetzt noch keine Vorlage vor.“ Eine echt freijünnige Heldenhafigkeit. Herr Steinhauer bezeugte den Brief, „als ein inhaltloses Stück Papier“ und knüpfte daran sein Bedauern, mit der bedeutsamen Bemerkung: Da der Vertreter des Kreises jetzt noch nicht wisse, wie er sich zur Tabaksteuerfrage stelle, so solle die Versammlung ihre Schlüsse daraus ziehen. Der Referent knüpfte gleich an diese Worte an und führte aus, daß damit der Nagel auf den Kopf getroffen sei, und charakterisierte die Versprechungen bürgerlicher Vertreter, die diese vor den Wahlen abgeben. Redner ging dann auf die Reichspolitik ein, die unter Mithilfe aller bürgerlichen Parteien durch ihren bewilligungslustigen, patriotischen Eifer, der ihnen natürlich nichts kosten dürfe, im Reichshaus halt ein großes Defizit herbeigeführt habe. Der Tabak habe seit 1879 sich der besonderen Aufmerksamkeit der Regierungen und aller derer, die gern andre Leute zählen lassen, zu erfreuen gehabt, und daher könne man bei finanzpolitischen Maßnahmen der Regierung immer mit Sicherheit darauf rechnen, daß auch der Tabak dabei ist. Der Tabak muß „mehr bluten“. Gegenüber diesem Wohlwollen der Reichsregierung wie einzelner Bundesregierungen, das eher die Wirkung hat, die ganze Industrie zu ruinieren und damit besonders die Arbeiter derselben schädigt, müssen ganz energische Abwehrmaßnahmen getroffen werden. Bisher haben die Arbeiter dieser Industrie die Tabaksteuer getragen und nunmehr habe man sich wiederum diese Industrie ausersuchen, ihr eine neue Last aufzubürden, unter der sie schließlich ganz unmöglich gemacht werde und die Arbeiter die ewigen Leidtragenden sein werden. Die Gefahr ist groß und müssen alle Hebel zur Abwehr in Bewegung gesetzt werden. Nachdem der Referent die Theorie des freiwillichen Steuerzahlers, Dr. Julius Eigner-Breslau, eine neue Art der Besteuerung für Zigarren einzuführen, beleuchtet und auch den nach einem Orden strebenden Tabakprofessor Cheberg in Erlangen kritisierte, der sich im Schweiße seines patriotischen Angesichts bemühte, zu beweisen, daß der Konsument der Zigarren gar nicht gegen eine höhere Besteuerung ist und gern die kleine Bürde auf sich nehme, zog der Referent die Stellungnahme der verschiedenen Parteien heran und zeigte an der Hand von Beispielen, Reichstagsabgeordneter Damm usw., daß dieser Seite auch nicht das mindeste Vertrauen entgegengebracht werden dürfe. Mit einer dringenden Aufforderung an die Tabakarbeiter, sich in den Verband aufzunehmen zu lassen, der immer in vorber-

ster Reihe gekämpft hätte bei solchen Anlässen, und jetzt wieder die Führerschaft habe im Kampfe gegen die Regierung und die Mehrheitsparteien, so müße jeder das Pflichtgefühl haben, sich dem großen Verband anzuschließen, schloß der Redner seine mit großem Weifall aufgenommenen Ausführungen. Eine entsprechende Resolution wurde vorgelegt und, nachdem noch einige Besucher in die Diskussion eingegriffen und den Ernst der Zeit betonten, wurde die Versammlung geschlossen.

Langermünde. Am 2. Februar berückte unser Gauleiter C. Burgold auf seiner Agitationsreise die Zahlstelle Langermünde. Nach einem mit Weifall aufgenommenen Vortrag über: Die Geschichte des Deutschen Tabakarbeiterverbandes vom Anfang bis zur Gegenwart, verwies der Redner auch auf die jetzt drohende Gefahr, hervorgerufen durch die geplante Vandalensteuer auf Zigarren. Es wurde der Aufforderung gemäß beschloffen, eine öffentliche Protestversammlung am 16. d. M. in Stendal abzuhalten für den gesamten Wahlkreis Stendal-Osternburg. Per Reichstagsabgeordnete des genannten Kreises, Herr Nittergutsbesitzer Fuhrmann (nationalliberal), wird eingeladen. Zum Schluß forderte unser Gauleiter die anwesenden Mitglieder auf, ihm zur Seite zu stehen und mit aller Kraft mitzuarbeiten, bis der letzte Mann im dritten Gau Mitglied des Deutschen Tabakarbeiterverbandes ist.

Urffon (Waden). Am 2. Februar tagte im Gasthaus zum Posthorn eine gut besuchte Protestversammlung. Das Referat hatte der Kollege Georg Durban-Neufreistadt übernommen. Mit großem Interesse folgten die Anwesenden den einstündigen Ausführungen des Referenten. Anschaulich schilderte Redner die traurigen Lohnverhältnisse der oberbadiischen Tabakarbeiter, insbesondere von Urffon, und daß diese Lohnverhältnisse noch schlechtere werden, sobald dieses Monstrum vom Steuergesetz Gesetzeskraft erlangt, da mindestens Dreiviertel des Konsums zurückgehen würde und dadurch zirka 30—35 000 Tabakarbeiter brotlos würden. Ganz besonders würde Waden darunter zu leiden haben, weil in Waden 80 Prozent der geringeren Sorten Zigarren fabriziert werden und die Dreifach-Zigarre vollständig verschwinden würde. Da nun diese billigen Zigarren ausschließlich aus einheimischem Tabak hergestellt werden, so ist es klar, daß auch die Nachfrage nach inländischem Tabak kolossal abnehmen würde. Das müßte eine schwere Schädigung unsres badischen Tabakbaues zur Folge haben. Redner kann nicht verstehen, wie der badische Finanzminister v. Honfell im Landtage erklären konnte, die badische Regierung trete für eine höhere Besteuerung des Tabaks ein. Redner erinnerte die älteren Landwirte daran, wie vor 1879 der Zentner Tabak bis 40 Mark galt und nach der Zollerhöhung bis gegen 1887/88 zwischen 12—15 Mark schwankte. Mit dem Wunsche, daß die Urffonner Tabakarbeiter und Arbeiterinnen sich organisieren mögen und gemeinsam mit den Tabakpflanzern energisch gegen diese Steuer protestieren, schloß Redner unter lebhaftem Weifall die Versammlung. Eine Resolution, die sich gegen jedwede Mehrbelastung ausspricht, wurde einstimmig angenommen. Am Abend sollte eine Versammlung in Appenweier stattfinden, jedoch konnte Kollege Durban nicht sprechen wegen zu schwachem Besuch.

Wernigerode. Am 20. Januar fand im Volksgarten die erste diesjährige gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Nachdem die Abrechnung verlesen und keine Einwendungen gemacht wurden, erstattete Kollege Salzwedel den Jahresbericht. Redner hob unter anderm hervor, daß die übergroße Mehrzahl der hiesigen Tabakarbeiter jetzt organisiert sei, die Mitgliederzahl betrage 149 gegen 134 im Vorjahre, aber auch die wenigen noch nicht Organisierten müßten für den Verband gewonnen werden. Gerade jetzt, wo wiederum die Regierung neue Millionen aus dem Tabak herauspressen wolle, sei die beste Zeit zur Agitation. Im Gegensatz zu den Seesener Kollegen müßten wir befunden, daß der Kollege Burgold als Gauleiter seine volle Schuldigkeit getan hat und unter dem Weifall der ganzen Versammlung bedauerte Redner derartige nicht bewiesene Angriffe. Die Arbeitsfreudigkeit des Gauleiters würde sicherlich dadurch nicht gehoben. Redner kritisierte dann die örtlichen Vorkommnisse im letzten Jahre und ist der Meinung, daß Veschwerden in Zukunft der Defensivität unterbreitet werden müßten. In der Diskussion haben einige Kollegen besonders hervor, daß die Schuld an dem Rückgang der Seesener Zahlstelle wohl die Kollegen dort selbst treffe, die dortigen Verhältnisse seien ihnen genau bekannt. Die alte Ortsverwaltung wurde mit Ausnahme des Kollegen Schettler, der eine Wiederwahl ablehnte, an dessen Stelle Kollege Brüning trat, wiedergewählt. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattete Kollege Perste; derselbe bemerkte ausdrücklich, daß das Kartell sich hauptsächlich Mühe gebe, die Bildung unter den Arbeitern zu heben. Pflicht der Kollegen sei es aber auch, derartige Veranstaltungen zu unterstützen; so soll am 29. Februar ein Vortrag für Herren stattfinden über Geschlechtsfragen, derselbe müßte zahlreich besucht werden. Als Delegierte scheiden aus die Kollegen Geißler und Wendt, dieselben werden wiedergewählt. Nachdem vom Vorsitzenden aufgefordert worden war, rege für den Verband zu agitieren, sowie immer zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen, wurde dieselbe geschlossen. In der nächsten Versammlung wird das neue Statut erörtert sowie zu dem zu errichtenden Gewerbegericht Stellung genommen, eventuell Kandidaten aufgestellt.

Am 26. Januar fand im Volksgarten eine von ca. 200 Personen besuchte Protestversammlung statt. Nach dem vorzüglichen Referat des Kollegen Solzapfel fand eine Resolution, die sich gegen jede höhere Besteuerung des Tabaks erklärte, einstimmige Annahme. Der eingeladene nationalliberale Abgeordnete des Kreises, Herr Nittergutsbesitzer Nimpau, hatte in einem Schreiben erklärt, sollte eine derartige Vorlage an den Reichstag gelangen, habe dieselbe wohl keine Aussicht, angenommen zu werden, auch werde er dagegen stimmen.

Quittung.

Zur Bekämpfung der Vandalensteuer gingen ein:
Zwidau 20.— M., Neugersdorf 1.60 M., Bischofswerda 15.— M., Frankenberg 50.— M.

Ich erkläre, mit den Listen abzurechnen und die Gelder nach hier zu senden.

Frankenberg, den 9. Februar 1908. Gust. Lehmann.

Literarisches.

Soeben ist im Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart erschienen: Die Klassengegenstände im Zeitalter der französischen Revolution. Von Karl Kautsky. Neue Ausgabe der Klassengegenstände von 1789. Preis broschiert 75 Pfg., gebunden 1 Mt. Vereinsausgabe 50 Pfg.

Am Schluß der Vorrede zu dieser neuen Ausgabe sagt der Verfasser:

„Sind auch bald vier Menschenalter seit dem Beginn der großen Revolution verlossen, so wirkt doch dies gewaltige Ereignis bis in unsere Tage nach, und es ist unmöglich, die Klassengegenstände der Gegenwart völlig zu begreifen, wenn man nicht das Verständnis jener Katastrophe gewonnen hat, in der sie zuerst ohne religiöse Verkleidung mit größter Wucht aufeinanderprallten und das Wesen der einzelnen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft enthüllten. Aber sie enthüllten auch das Wesen dieser Gesellschaft selbst, die auf den Gegensätzen jener Klassen aufgebaut ist, auf Gegensätzen, die notwendigerweise immer wieder zu Katastrophen führen. Formen und Umfang der sozialen Katastrophen wechseln mit der Technik der Wirtschaft, des Verkehrs und der Politik, die Unvermeidlichkeit der Katastrophen bleibt, solange die Gesellschaft auf Klassengegenständen beruht.“

Monatsbeilage des Tabak-Arbeiter.

Nr. 2.

Sonntag, den 16. Februar

1908.

Sitten früherer Zeit.

Es gehört zum Rüstzeug aller Synodalen und sonstiger geistlicher Gewalthaber, von der Sittenlosigkeit und dem zunehmenden Materialismus unsrer Zeit zu sprechen. Man lobt die Vergangenheit, in der die Einfachheit der Lebensweise, die guten Sitten, Ehrbarkeit und Frömmigkeit zu Hause gewesen seien. Indes mit Unrecht. Das Gegenteil ist die Wahrheit. Wir sehen hier von den Sittenschilderingen altklassischer Schriftsteller Griechenlands, Roms und Byzanz, welche geradezu ungeheuerlich zu lesen sind, gänzlich ab und halten uns nur an die Städtechronisten, welche in ihren Beschreibungen nicht genug von Beispielen der Nachsicht, ungesetzmäßiger Selbsthilfe, des Betrugs und Zanfs zu melden wissen. Mord und Totschlag waren nicht selten, Begünstigungen der Verwandten und ungerechte Urteilsprüche waren an der Tagesordnung; ja, selbst der sogenannten Unzucht war Tür und Tor geöffnet, und während die Kirche das ehrlöse Leben als ein Verdienst hinstellte* und die geschlechtliche Enthaltbarkeit als gottwohlgefällig pries, duldete die Obrigkeit Bordelle in Massen und legitimierte die größte Unsitlichkeit. Dazu kamen die vielen Trinkgelage und unmäßigen Schmausereien, die Unreinlichkeiten auf den Straßen, wie noch jetzt in zahlreichen kleineren Städten, besonders in katholischen Gegenden, wo die Misthaufen sich zuweilen in nächster Umgebung der Kirchen befinden. In den finsternen, enggebauten Häusern mit den schlechten Wohnungen und kleinen Höfen aber war die Unreinlichkeit der ständige Gast und die Quelle zahlreicher Krankheiten. Die Massenhaftigkeit der Feuersbrünste in den engen Quartieren war nicht minder eine Folge der miserablen Bauweise in der guten alten Zeit. Hierzu traten die Borniertheiten einer Weltanschauung, die sich den Zusammenhang der Erscheinungen nach Ursache und Wirkung nicht zu erklären vermochte und alle Uebel auf den Willen Gottes schob, gegen den niemand etwas vermöge. Eine Probe von dem bestehenden Durcheinander erlangt man, wenn man sich die verwaltungsrechtlichen Bestimmungen, die überall zur Herbeiführung besserer Zustände erlassen wurden, ansieht. Vor mir liegt ein Buch über: Sächsisches Verwaltungsrecht im Mittelalter, aus dem wir bloß einige Proben obrigkeitlicher Bestimmungen gegen die bestehenden Unsitte geben wollen. Ihre Anführung erklärt zugleich die bestehenden Mißstände selbst. So begann man in Leipzig 1457 und 1467 eine feuer sicherere Bauweise teils geradezu vorzuschreiben (Ziegel-dachung) oder durch allgemeine Zusicherung von Beihilfen an Kalk und Ziegeln zu Massivbauten (Dresden 1475, Freiberg 1509) den Bürgern leichter möglich zu machen. Verboten wurde ferner das Leuchten mit Wischen zur Nachtzeit auf den Straßen — da es noch keine Straßenbeleuchtung gab —, das Feuern in den Kellern, das Kochen und Feuern vor den Türen (Leipzig 1359 und später, Leisnig 1430). Andre Vorschriften waren dazu bestimmt, Reinlichkeit, Ordnung und Geräumigkeit auf den Ortschaften** zu erhalten: Niemand darf auf Markt und Gassen Streu oder Mist vor seinen Türen liegen lassen, Hauskehricht und Abraum an die Straße tragen, Brauer sollen Stroh, Hopfen und dergleichen nicht auf die Gasse, sondern in den Hof schütten, Kohlgärtner und Vorstädter, welche auf dem Markte mit Gemüse handeln, kein Stroh oder Heu zum Sitzen mit auf den Markt bringen (Leipzig 1444, Pirna 1471 und Chemnitz). Gegen den Luxus der Patrizier und sonstiger vornehmer Geschlechter und deren große Schmausereien schrieben die Obrigkeiten vieler

Städte die Grenzen vor für die Zahl der Gäste und Gerichte bei Familienfesten, für Form und Stoff der Kleidung, zum Teil mit ausdrücklicher Berücksichtigung der Standesunterschiede (in Dresden kostbares Pelzwerk nur den Ratsherren nachgelassen, in Leipzig den Dienstboten Seidenkleider verboten). Ernstliches Einschreiten machte endlich die einreißende Sittenverderbnis auch auf sittenpolizeilichem Gebiete nötig. Gewisse anstößige Kleidertrachten wurden (Dresdner Kleiderordnung, Leipziger Willkühr von 1463) überhaupt unterfagt, ebenso Vergernis erregende Länze und Gebräuche (in Leipzig 1452 der Bäckertanz, 1463 das Schlittensfahren junger Leute innerhalb der Stadt wegen Verdachts unzuchtiger Handlungen). In Leipzig wurde durch eine besondere Ratsverfügung vom 30. März 1463 Vorschrift über die Kleidung öffentlicher Dirnen getroffen und ihnen verboten, bei frommen Frauen in die Kirchenstühle zu treten, 1467 ihnen der Besuch der Weinschänken unterfagt. In Leisnig unterfagte der Rat das Mitnehmen der Kinder zu den Hochzeiten, Kindtaufen und Handwerksbieren.

Was alledem spricht sehr viel Beschränktheit und Vielreglementiererei, vielleicht auch Neid mancher „ehrsamer“ Beamter und Bürger, der an Dreyers Wort im „Tal des Lebens“ erinnert:

Und als sie nicht mehr konnten so
Von wegen hohen Alters,
Schrieb keine Sprüche Salomo
Und David seine Psalters.

Immerhin muß es toll genug zugegangen sein, und besonders muß hervorgehoben werden, daß sich viele der gerügten Unsitlichkeiten an den offenen Straßen und den Märkten ereigneten, und besonders das hochmütige Patriziertum und hochvermögende Bürgerschaft nicht bloß in ihren Häusern „sündigten“, wo die Obrigkeit nichts zu sagen hatte, sondern in skandalerregender Weise die abgestempelte Sittlichkeit und theoretische Frömmigkeit öffentlich verletzten. Besonders war dies in bezug auf das öffentliche Baden beider Geschlechter in den Badeanstalten der Fall, worüber die Chronisten das erbaulichste zu berichten wissen. Wilh. Rudeck hat in einem Buche: „Geschichte der öffentlichen Sittlichkeit in Deutschland“, auch über die öffentlichen Badehäuser im Mittelalter mannigfaches Material zusammengetragen. Ich folge ihm in den nachstehenden Ausführungen:

„In früher Morgenstunde,“ schreibt Rudeck, „gab der Bader auf den Straßen mit dem Horn das Zeichen, daß alles bereit sei. Dann entkleideten sich die Angehörigen der unteren Volksklassen zu Hause fast völlig und verfügten sich über die Gasse nach der Badestube. So sagt Gueserinius, daß wohlgezogene Bürger und Bürgerinnen sich in ihren Häusern entblößten und also nachend über die öffentlichen Gassen bis zum Badehause gehen.“ Die beiden Geschlechter baden zusammen nackt und bedienen einander gegenseitig; dazu kommen Gelage, Länze usw., alles in nacktem Zustand, so daß, wie ein gleichzeitiger Theologe schreibt, „die Körper weiß gewaschen, die Herzen mit Sünde geschwärzt werden“.

Das ganze Mittelalter hindurch galt den Männern, auch den verheirateten, alles für erlaubt; überall gab es in den Städten geduldete und privilegierte öffentliche Häuser, in welche die Männer nicht wie heute, heimlich hineinschlüpfen, sondern sie offen benutzten. Die Bordellwirte waren organisiert und übten, nach Rudeck, sogar polizeiliche Funktionen gegenüber unberechtigten Konkurrenten aus.

Bei öffentlichen Feierlichkeiten wurden sie zugezogen, und wenn Fürsten eine Stadt mit ihrem Besuche beehrten, so wurden sie nicht von den weißgekleideten Töchtern der Magistratsmitglieder empfangen, sondern von den Be-

* Heiraten ist gut, nicht heiraten ist besser. Apostel Paulus.

** Straßenpflaster existierte noch nicht.

wohnerinnen der Frauenhäuser; bei längerem Aufenthalt pflegte man den Fürsten oder hohen Herren freien Eintritt zu gewähren, und „als Kaiser Siegmund 1434 einige Zeit in Ulm blieb, wurden die Straßen beleuchtet, sobald der Kaiser oder sein Gefolge in das gemeine Tochterhaus“ gingen.

Und die Kirche?

In den Bischofstädten mußten die Bordellwirte ihre Abgaben an die Kirche zahlen, die Klöster dagegen bezogen Grundzinsen aus den öffentlichen Häusern. Die Folgen dieser „zu freien“ Sitten waren eine große Verbreitung der Syphilis. Rudel meint, auch die Verteuerung des Holzes, welche das Baden immer teurer machte, habe die Inhaber dieser öffentlichen Häuser veranlaßt, ihre Häuser nach und nach zu schließen.

Sichtlich der oben erwähnten Lätze in nachdem Zustande wird noch erwähnt, daß es Lätze gab, bei denen das Hauptvergnügen in schamloser Entblößung der Frauen bestand. „Berüchtigt sind die Spinnerstuben, von denen sich ja noch heute Rudimente erhalten haben, in denen die ungeheuerlichsten Dinge vorfielen; sie kamen ab mit dem Beginn der modernen Maschinenpielerei. Was der sittliche Probst und die behördlichen Verbote nicht erreichten gelang der wirtschaftlichen Entwicklung geradezu spielend.“

Die wirtschaftliche Entwicklung hat in der Tat den Boden bereiten helfen, auf dem sich Wissenschaft und allgemeine Erkenntnis zu entfalten vermochten. Daß sich die Sittenlosigkeiten zwar vom Markte und den Gassen zurück in die Kasinos und Bürgerhäuser gezogen haben, nichtsdestoweniger aber ebenso wie geschildert worden, fortgepflanzt haben, beweisen die da und dort heute verhandelten Prozesse gegen Angehörige der „besseren“ Gesellschaftsschichten; auch in den Bädern, wo die Aristokratie und die Plutokratie gemeinsam baden, wie an der Ostsee usw., geht es keineswegs einwandfrei zu. Der Simplicissimus hat darüber schon manches indiskrete Bild gebracht, ebenso haben flotte bürgerliche Feuilletonisten schon manches „Strandbild“ mit wenigen treffenden Strichen entworfen, aus denen wir die „übertünchte Bildung“ und „höhere Moral“ der herrschenden Klassen in voller Nacktheit erkennen können.

Zurückzuweisen ist aber jedenfalls die Heuchelei, die über die heutige große Unsitlichkeit und den Materialismus den Stab bricht und die „gute alte Zeit“ in allen Tonarten lobt.

Der Zigarrenmacher Peter Gerhard Köser, ein Märtyrer der deutschen Arbeiterbewegung.

Von G. S.

(Fortsetzung.)

Köser wurde während der Gefangenschaft Dr. Gottkalks neben Karl Marx Präsident des Arbeitervereins. Marx war nämlich im Laufe des Jahres 1848 nach Köln zurückgekommen und hatte mit einer Anzahl tüchtiger Mitarbeiter die Neue Rheinische Zeitung ins Leben gerufen, während die Gründer der früher von ihm redigierten und 1843 unterdrückten Rheinischen Zeitung bereits Karriere gemacht hatten. Camphausen und v. Beckerath waren vorübergehend preussische Minister und Meviusen Reichsminister geworden.

Die Neue Rheinische Zeitung wurde im Frühjahr 1849 ebenfalls unterdrückt, und Marx, weil er sich — wohlverstanden als Rheinländer — „des deutschen Gastrechts unwürdig gezeigt hatte“, ausgewiesen. Engels war bereits flüchtig und wurde wegen seiner Teilnahme am Aufstand in Elberfeld und in Baden später stechbrieflich verfolgt.

Ein schwungvoll geschriebener Aufruf zur Gründung von Arbeitervereinen, der überall begeisterte Aufnahme fand, ist noch in unsern Händen und von Köser gezeichnet. Ob Köser auch der wirkliche Verfasser ist, konnten wir nicht mehr ermitteln.

Am 25. Mai 1849 erschien die erste Nummer der Westdeutschen Zeitung, deren Herausgeber Dr. Hermann Becker, der „rote Becker“, und der spätere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Rittinghausen waren. Lehterer ging, nachdem er in den ersten 30 oder 40 Nummern die Leitartikel geschrieben hatte, nach Paris und war dort bis zum Staatsstreich im Sinne der Demokratie tätig.

Mary und Engels erklärten im Frankfurter Journal, daß sie mit der Redaktion der Westdeutschen Zeitung nichts zu tun hätten, wodurch dieselbe viele Abonnenten verlor, aber trotzdem auf politischem Gebiet sehr scharf vorging und alle möglichen polizeilichen Drangsalierungen zu erdulden hatte. Becker war — was noch heute vielfach irrtümlich angenommen wird — kein Sozialdemokrat, was er auch niemals verhehlte. Da aber nach dem Kommunistischen Manifest die Demokraten und Kommunisten unter gewissen Voraussetzungen und bis zur Ueberwindung des Polizeistaats zusammengehen konnten, hatte sich zwischen Becker und den Kommunisten Köser, Rothjung, Bürgers und andern eine ehrliche Kampfgenossenschaft gebildet, der auch Marx und seine mit ihm in London weilenden Freunde ihre Anerkennung nicht versagen konnten und nicht versagt haben.

Bereits Ende 1849 hatte die Reaktion überall den Sieg abgetragen. Im Jahre 1850 wurde auch die Westdeutsche Zeitung, trotz vieler Freisprechungen, die ihr Redakteur Becker vor dem Schwurgericht erlangte, auf die schärfste Weise unterdrückt.

Köser, der auch im Jahre 1848 in Köln einen auf Kranken- und Wanderunterstützung beruhenden Zigarrenarbeiterverein mitgegründet hatte, wurde 1850 als Delegierter nach einem in Hamburg stattgefundenen Tabak- und Zigarrenarbeiterkongreß gewählt, wo er als zweiter Vorsitzender die Verhandlungen leitete. Wir konnten über diesen Kongreß nichts Weiteres in Erfahrung bringen; vielleicht werden uns die Hamburger Kollegen etwas nähere Auskunft darüber geben können.

Als in Deutschland jede freie Regung unterdrückt war, wurde der vor 1848 bereits bestehende Bund, der aber infolge der während der in dem Sturm- und Drangjahr geschaffenen freien Bahn eingeschlagenen war, von Marx und seinen engeren Freunden wieder zu neuem Leben erweckt. Aber sehr bald entstanden Zerwürfnisse in der Zentralkommission des Bundes, der sich dann in die Richtung Marx und in die Richtung Schapper-Willich spaltete. Die Letzteren, die von Polizeibeamten förmlich umgarnt waren, wollten in vollständiger Verkennung der Verhältnisse sofort wieder los schlagen. Polizeibeamten brachten dann auf Grund der Unklugheit mancher Flüchtlinge nach zum Teil frei erfundenen Plänen und einem falschen Protokollbuch eine Menge Unschuldiger in Gefängnis und Kerker, worüber die „Enttüllungen über den Kölner Kommunistenprozeß“ von Karl Marx authentischen Aufschluß geben.

Auch der Zigarrenarbeiter Köser wurde in diesen Prozeß verwickelt und verurteilt. Um den Lesern das Verständnis des Prozesses und der Aussagen Köfers zu erleichtern, müssen wir uns mit den beiden Richtungen im Kommunistenbund, mit der Partei Schapper-Willich und der Partei Marx in Kürze etwas näher beschäftigen. Bei der Motivierung seines Antrags auf Trennung von der Minorität Willich-Schapper sagte Marx unter anderem wörtlich:

„An die Stelle der kritischen Anschauung setzt die Minorität eine dogmatische, an die Stelle der materialistischen eine idealistische. Statt der wirklichen Verhältnisse wird ihr der bloße Wille zum Trieb der Revolution. Während wir den Arbeitern sagen: Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um Euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen, sagt Ihr im Gegenteil: „Wir müssen gleich zur Herrschaft kommen oder wir können uns schlafen legen.“ Während wir die speziell deutschen Arbeiter auf die unentwickelte Gestalt des deutschen Proletariats hinweisen, schmeichelt Ihr auf plumpste dem Nationalgefühl und dem Standes-

vorurteil der deutschen Handwerker, was allerdings populärer ist. Wie von den Demokraten das Wort Volk zu einem heiligen Wesen gemacht wird, so von Euch das Wort Proletariat. Wie die Demokraten, so schiebt Ihr der revolutionären Entwicklung die Phrase der Revolution unter usw."

Wie der Leser aus diesen Äußerungen ersieht, handelte es sich zwischen beiden Gruppen nicht um persönliche Streitigkeiten, sondern um taktische und prinzipielle Differenzen von großer Tragweite.

Willich, der im Kriege zwischen den Nord- und Südstaaten es bis zum General brachte und gezeigt hat, daß er wirklich etwas vom Militärhandwerk verstand, wiegte sich nach der Niederwerfung der 1848er Revolution fast nur in Illusionen. Dr. Becker schrieb darüber in einem vom 27. Januar 1851 datierten Briefe an Marx:

Der Willich schreibt mir die lustigsten Briefe; ich antworte nicht, er läßt sich aber nicht abhalten, mir seine neuen Revolutionspläne auseinanderzusetzen. Er hat mich bestimmt, die Kölner Besatzung zu revolutionisieren!!! Wir haben neulich uns den Bauch gehalten vor Lachen. Er wird mit seinen Dummheiten noch ungezählte Menschen ins Pech bringen; denn ein einziger Brief könnte hundert Demagogenschreibern drei Jahre lang das Gehalt sichern. Wenn ich die Kölner Revolution fertig hätte, so wäre er nicht abgeneigt, die Leitung der weiteren Operationen zu übernehmen. Gar zu freundlich!

Leider war die Anklage im Kommunistenprozeß auf ähnliche Rundgebungen der Richtung Willich-Schapper aufgebaut, womit die Angeklagten zwar nichts zu tun hatten, aber tatsächlich — um mit Becker zu reden — „ins Pech“ kamen.

Zuerst wurde der Schneider Rothjung, der mit dem früheren Redakteur der Neuen Rheinischen Zeitung, Heinrich Bürgers, als Emigrant nach Sachsen gereist war, in Leipzig verhaftet, dann ein andres Mitglied des Bundes, Haupt, in Hamburg. Letzterer spielte den Judas, indem er die Namen der Mitglieder der Zentralbehörde, die von London nach Köln verlegt worden war, der Polizei übergab, wofür er auf freiem Fuß blieb und im Prozeß als Hauptbelastungszeuge auftreten sollte. Seine Verwandten wollten aber von letzterer Rolle nichts wissen und beförderten ihn nach Rio de Janeiro, wo er in Anerkennung seiner staatsretterischen Dienste erst preussischer und dann deutscher Konsul wurde.

Als die Polizei die Liste der von Haupt verratenen Persönlichkeiten in Händen hatte, wurden im Mai 1851 noch verhaftet und schließlich mit Rothjung vor die Kölner Assisen verwiesen: Dr. Hermann Becker, Peter Gerhard Köfer, Heinrich Bürgers, die Ärzte Dr. Roland Daniel, Dr. Jakob Klein, Chemiker Karl Otto, Handlungs-kommiss L. Erhard, W. S. Reiff, alle in Köln ansässig, Dr. Abraham Jacobi aus Berlin, Friedr. Lehner, Schneider aus Mainz, Peter Rothjung, Schneider aus Mülheim am Rhein. Der Dichter Ferdinand Freiligrath, dem auch der Prozeß gemacht werden sollte, hatte zeitig die gastlichen Gestade Englands erreicht.

Die Anklage lautete auf „hochverräterischen Komplott“, obgleich in dem damals im Rheinland noch geltenden französischen Kriminalgesetzbuch Geheimbündelei gar nicht mit Strafe bedroht war. Das Anklagegebäude stand überhaupt auf so schwachen Füßen, daß „sein objektiver Tatbestand“ zu finden war und die Inhaftierten fast 1 1/2 Jahre im Gefängnis schmachten mußten, ehe die öffentlichen Verhandlungen begannen. Die Angeklagten, welche anfangs der Sausordnung gemäß, später aber sehr hart und brutal behandelt wurden, kamen erst am 1. Oktober 1852 vor das Schwurgericht, wo sie nach fünfwöchentlichen Verhandlungen am 12. November 1852 mit wenigen Ausnahmen zu sehr schweren Strafen verurteilt wurden.

Wir können hier auf den Riesenprozeß, mit dem die erste Periode der deutschen Arbeiterbewegung schließt, nicht näher eingehen, sondern uns nur mit dem Zigarrenarbeiter Köfer befassen, dessen Name vor einiger Zeit wieder aufgetaucht ist. Als Köfer, nachdem er 7 Jahre und

5 Monate hinter Schloß und Riegel zugebracht hatte, sich später Lassalle angeschlossen, hatte letzterer einen eingehenden Brief, die Organisationsfrage betreffend, an Köfer geschrieben, der durch einen Zufall erhalten blieb und vor etwa zwei Jahren veröffentlicht wurde, ohne daß man genau wußte, wer Köfer eigentlich war. Der arme proletarische Zigarrenmacher, der sich in dem weithin großes Aufsehen erregenden Kommunistenprozeß so geschickt und tapfer gewehrt und später so vieles für die Arbeiterbewegung erduldet hatte, war vergessen, nur wenige alte Genossen erinnerten sich seiner, da er bereits im Jahre 1867 das Zeitliche gesegnet hatte. Auch die Verhandlungen des Kommunistenprozesses sind nicht in Broschürenform erschienen, die Enthüllungen von Marx bilden nur eine Kritik der Verhandlungen und fußen, da dieselben 1852 erschienen sind, auf der Voraussetzung, daß damals die Verhandlungen allgemein bekannt waren.

Der Zigarrenmacher Köfer, der Sohn eines armen Mülheimer Webers, konnte sich selbstverständlich mit den mitangeklagten Doktoren in bezug auf seine Kenntnisse nicht messen. Aber selbst die Kölnische Zeitung konnte nicht umhin, über das Benehmen des einfachen Zigarrenarbeiters vor dem Gerichtshof zu äußern:

Der Angeklagte Köfer zeigt die größte Ruhe und Unbefangenheit; seine Antworten, die er in fließender und wohlgeordneter Rede gibt, sind klar und bestimmt.

(Schluß folgt.)

In der Fabrik.

Durch die weiten Räume schreitet
Langsam mit gemessnen Schritten
Das Gespenst der Alltagsorgen, —
Gestern so und heut und morgen,
Ruhig durch der Räume Mitten,
Und sein stieres Auge gleitet
Ueber alle, die da stehen,
Stund' um Stunde, Tag um Tage,
Jahr um Jahre ohne Klage
Stumm ihr Los herunterdrehen.

Manchmal bringen Sonnenstrahlen
Unertwünscht und ungerufen
Durch der Räume trübe Fenster,
Um wie fröhliche Gespenster,
Gleich den Händen, die sie schufen,
Bilder an die Wand zu malen.
Dem Gespenst der Alltagsorgen
Bleibt auch dieses nicht verborgen.
Und mit seinen dürren Händen
Wischt es alles von den Wänden.

Manchmal, auf des Frühlings Schwingen,
Kommt ein Vogel angeflogen,
Setzt sich vor die trüben Scheiben,
Denen drinnen eins zu fingen.
Doch auch da sind sie betrogen,
Denn der Vogel darf nicht bleiben,
Das Gespenst der Alltagsorgen
Haucht ihm Gift in seine Lüne,
Denn es haßt ja alles Schöne:
Gestern so, und heut und morgen.

Fritz Sägen.

Kriegers Obre.

Fünf Dialoge.

I.

Bei den heidnischen Griechen.
Anno 500 v. Chr. in Sparta.

Der Feldherr (zu einer Schaar von Jünglingen, die einen der Jüngern gesesselt vor ihn bringen): Wen bringt Ihr?
Einer: Dieser erschlug den Memnon, unsern Führer.
Der Feldherr (zu dem Gesesselten): Warum erschlugst Du ihn?
Der Gesesselte: Er schlug mich mit dem Schwalle der Lanze.

Der Feldherr: Er schlug Dich? — Er war ein großer Krieger und Dein Führer. Aber er schlug einen Krieger, wie man einen Sklaven schlägt. — Geht diesen frei!

2.

Bei den heidnischen Germanen.

Anno 1 am Rhein.

Der Fürst (zu einem jungen Krieger): Klage ergeht wider Dich. Du hast mit dem Schwerte den Childerich erschlagen. Er ist tot.

Der junge Krieger: Ich erschlug ihn.

Der Fürst: Du hast Deinen Anführer erschlagen. Darauf steht der Tod.

Der junge Krieger: Er drohte mir, er wolle mich schlagen. Bückigen wolle er mich wie einen Hund. Da erschlug ich ihn.

Der Fürst: Bückigen wollte er Dich? Er wollte Dich schlagen? — Du tatest gut. Du rächtest Schande und Schmach. So schlage den Feind, wie Du diesen schlugst.

3.

Bei den heidnischen Indianern.

Anno 1800 am Mississippi.

Der Häuptling „Große Wolfe“: Mein Bruder hat die „Scharfe Zunge“ getötet. Die „Scharfe Zunge“ war ein großer Krieger. Mein Bruder muß sterben, da er sich auflehnte gegen den großen Krieger, der sein Unterhäuptling war. Rüste Dich zum Tode.

Der junge Krieger „Der zuckende Blitz“: Mein Vater höre mich!

Der Häuptling: Was sagt mein Sohn?

„Der zuckende Blitz“: Die „Scharfe Zunge“ schmähete den „Zuckenden Blitz“. Unauslöschlich war die Schmach ihrer Worte. Blut nur konnte sie auslöschen.

Der Häuptling: Was sagte die „Scharfe Zunge“?

„Der zuckende Blitz“: Feige nannte sie und träge zum Kampf den „Zuckenden Blitz“. Da erschlug ich die „Scharfe Zunge“ und rächte die Schmach.

Der Häuptling: So schmähete die „Scharfe Zunge“ meinen jungen Bruder? So rächte mein junger Bruder die Schmach? — Von nun an ist der „Zuckende Blitz“ Unterhäuptling! Schlage den Feind, wie Du die „Scharfe Zunge“ schlugst. Wie schlage mein junger Bruder seine Krieger.

4.

Bei den christlichen Germanen.

Anno 1903.

Der Verhandlungsführer (verkündet das Urteil): Der Angeklagte, Grenadier Muschke, wird unter Aufhebung des Urteils erster Instanz der tätlichen Beleidigung eines Vorgesetzten sowie der Verweigerung des Gehorsams für nicht schuldig erkannt. Der Angeklagte hat sich erst zur Wehr gesetzt, nachdem ihn der Unteroffizier Pieffe anderthalb Jahre hindurch schwer mißhandelt und ihn zuletzt durch Zerbrechen eines Arms und mehrerer Rippen sowie durch Ausstoßen eines Auges dauernd dienstuntauglich gemacht hatte. Angeklagter befand sich mithin in Notwehr, um noch schwerere Folgen fernerer Mißhandlungen abzuwehren. Das Urteil erster Instanz, das auf 5 Jahre Gefängnis erkannt hatte, ist mit seiner Annahme im Unrecht, daß das Militärstrafgesetzbuch Notwehr nicht kenne.

5.

Bei den germanischen Christen.

Anno 1925.

Zeuge Unteroffizier Pieffe: Ich hatte das Seitengewehr gezogen und dem Angeklagten ein paar flache Hiebe auf die Aniescheibe versetzt, damit er die Knie besser durchdrückt. Als das nicht half, versetzte ich ihm mit der Schneide einen tüchtigen Hieb gegen das Schienbein. Der Angeklagte stürzte zusammen, meinte vorschriftswidrig und streckte die Arme aus. Ich mußte mich seiner mit der scharfen Waffe erwehren. Hierbei hielt er mit bloßen Händen das Seitengewehr fest, schnitt sich beide Hände halb ab, verletzte aber auch mich in einer Weise, daß ich die Wunde mit Heftpflaster verbinden mußte.

Der Verhandlungsführer: Genug! Angeklagter, im Interesse der militärischen Disziplin haben Sie hierauf gar nichts zu erwidern. Ich verurteile Sie wegen bewaffneten Auftritts vor versammelter Mannschaft, wegen Hochverrats und eheloser Gesinnung zum Tode. Das Urteil ist sofort durch Erschießen zu vollstrecken.

Notizen.

Kann ein gläubiger Christ Sozialdemokrat sein? Diese Frage beantwortete jüngst in einer Grabrede bei der Beerdigung eines Jünglings Genossen der Stadtpfarrer von St. Moritz in Jngolstadt wie folgt: „Ich habe in der Zeitung gelesen, daß der Verstorbene der sozialdemokratischen Partei angehört und ein tüchtiger Genosse gewesen ist. Es wäre falsch, wollten wir deswegen über den Verstorbenen den Stab brechen, denn die Sozialdemokratie hat auch ihr Gutes und die Gristenzberechtigung kann man ihr nicht absprechen. Der Verstorbene hat frühzeitig seine Vater verloren. Als junger Bursche ging der Verstorbene in die Fremde, und wer wollte es ihm übelnehmen, daß er sich eine Partei anschloß, die für bessere Arbeitsbedingungen kämpft. Wir haben viele Wohlfahrtseinrichtungen, die wir dem Drängen der Sozialdemokratie zu verdanken haben. . . . Es schmerzt mich tief, wenn ein Tischler-, Schlosser- oder Spenglergeselle an mir vorübergeht, ohne mich zu grüßen. Nicht für meine Person beanspruche ich den Gruß, sondern den Priester soll der Christ in mir sehen. Es freut mich viel mehr, von einem Arbeiter begrüßt zu werden, als von einem Bürgerlichen. . . . Die Sozialdemokratie tut unrecht, wenn sie die Kirche bekämpft. Wir wollen aber hoffen, daß der Verstorbene das Gute bei der Sozialdemokratie gesucht und auch gefunden hat. Ich bitte Sie, bleiben Sie der Kirche treu. Sie können ganz gut Christen und trotzdem gute Sozialdemokraten sein.“

Dies Urteil verdient registriert zu werden. Die Mehrheit der Pfarrer und Kaplanen in Oesterreich sind erbitterte Feinde der Arbeiterschaft und sehen ihre Hauptbeschäftigung darin, die Arbeiterschaft zu bekämpfen und der arbeitserfeindlichsten Partei den „Christlichsozialen“, Helferdienste zu leisten. Wenn sie als Priester handeln würden, dann käme das Kleid des Priesters wieder zu Ehren. Vielleicht nimmt sich der eine oder andre an seinem bayrischen Amtsbruder ein Beispiel.

Freiligrath an ein Patenkind. Im Scheffel-Jahrbuch von 1907 finden sich mehrere Briefe Scheffels und Freiligraths an den Redaktionsleiter Oberamtsrichter Ganzhorn. Freiligrath überreicht seinem Patenkind Hermann Ganzhorn zum 28. Februar 1870, dem Jahrestag seiner Taufe, „mit der Gabe eines Bestecks“ folgendes Gedicht:

Nun hat's ein Ende mit dem Lutschen
Und mit dem Saugen, Kleiner Mann!
Den tapfern Hals herunterrutschen
Muß Wurst und Sauerkraut fortan!
Solide Kost, wie man in Schwaben
Zu einem Schoppen Redartwein
Sie auf den Tisch setzt wadern Knaben,
Auf daß sie wachsen und gedeih'n!
Zu Tische denn! Hier hast Du Gabel,
Hast Messer, Löffel, junges Blut!
Proficiat Sperr auf den Schnabel
Und isz Dich stark und groß und gut!

kfg. Die Cichorie als gefährlicher Kaffee-Ersatz. Während von allen Seiten danach gestrebt wird, das Coffein des Kaffees zu vermeiden und Ersatzpräparate einzuführen, weist Dr. Heim Zellner in dem Zentralblatt für allgemeine Gesundheitspflege nach, daß es hauptsächlich die Cichorie als Kaffee-Ersatz ist die in der ärmeren Bevölkerung die dem Kaffeegenuß zugeschriebenen Gesundheitsstörungen hervorruft. Die Cichorie wirkt auf den Menschen nachteiliger ein als die Kaffeebohnen, die in der Brühform, wie sie meistens von der ärmeren Bevölkerung gegossen wird, enthalten sind. Sämtliche in dieser Beziehung angestellten Untersuchungen ergeben das gleich ungünstige Resultat für die Cichorie. Im großen und ganzen ist man sich darüber einig, daß sie die Verdauungswege und die Nerven höchst nachteilig beeinflusst. Schon 3—4 Tassen reinen Aufgusses erzeugten Schwindel und Kopfschmerz, und sonst wurden als Folgeerscheinungen Herzklopfen, Sodbrennen, Magenkrampf, Appetitlosigkeit, Säure im Munde, Gliederschmerzen, Zittern und Schlaflosigkeit festgestellt, das heißt also alle Erscheinungen, die man für gewöhnlich als Folgen des Kaffeegenusses betrachtet. Zellner spricht zum Schluß aus, daß fast alle im Handel befindlichen Ersatzpräparate des Kaffees in jeder Hinsicht besser sind als die Cichorie. Es ist seiner Ansicht nach gar nicht daran zu zweifeln, daß die Zerealien, d. h. die Getreidearten, mit ihren sich stets gleichbleibenden Zusammensetzung an Nährstoffgehalt an Reinheit unter allen Umständen den Vorzug gegenüber den unsicheren Mischprodukten der Cichorie verdienen. —